

Protokoll

21. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 25. Mai 2010, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsidentin Claudia Zürcher-Hägler, FDP/DKL
Anwesend Stadtparlament:	25 Mitglieder
Anwesend Stadtrat:	Martin Klöti, FDP, Veronika Merz, SP, Heidi Wiher-Egger, FDP, Patrick Hug, CVP, Reto Stäheli, CVP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 21/ 1. Mitteilungen
- 21/ 2. Botschaft überarbeiteter Voranschlag 2010
- 20/ 3. Fragerunde
- 20/ 4. Verschiedenes
 - Information aus dem Stadtrat

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien.

Ich begrüsse und heisse sie zu unserer 21. a.o. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen. Ich stelle ein Zitat an den Beginn dieser Sitzung, es stammt von Friedrich Nietzsche. „Der kürzeste Weg ist nicht der möglichst gerade, sondern der, bei welchem die günstigsten Winde unsere Segel schwellen, so sagt die Lehre der Schifffahrer. Mit der heutigen Sitzung mussten wir alle einen längeren Weg in Kauf nehmen, weil viele von uns im Vorfeld wohl die günstigsten Winde nicht beachtet haben. Wir alle aber haben uns nun die Zeit genommen und uns nochmals intensiv mit dem Budget auseinander gesetzt. Nicht alle sind zum gleichen Ergebnis gekommen, aber sicher jeder hat sich darum bemüht, nach seinem Wissen und Gewissen einen gangbaren Weg aufzuzeichnen und die entsprechenden Korrekturen vorgenommen. Jeder hat ein Recht auf seine Meinung, aber keinen Anspruch darauf, dass andere sie teilen. Auch wenn wir nicht alle Segler sind, hoffe ich, dass wir heute die Segel richtig setzen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 25 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 13.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung haben sich:

- Margrit Bollhalder-Schedler, SVP
- Peter Hofmann, FDP/DKL
- Andreas Näf, FDP/DKL
- Schaffert Edith, CVP/EVP
- Ekin Yilmaz, SP und Gewerkschaften

Traktandenliste

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler:

Ich stelle die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Diskussion wird nicht benutzt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Parlamentspräsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 04. Mai 2010

- Einladung mit Traktandenliste

Mit Versand 2 vom 11. Mai 2010

- Kommissionsbericht der FGK
- Fragenkatalog Stadtrat

Den überarbeiteten Voranschlag 2010 haben sie bereits am 20. April 2010 erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

1. Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist eine Einfache Anfrage von Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften betreffend "Bewirtschaftung Finanzvermögen" eingegangen und wird an den Stadtrat weitergeleitet.

Da seit der letzten Parlamentssitzung vom 11 Mai 2010 keine Sitzungen der Einbürgerungskommission stattgefunden haben, liegen keine neuen Beschlüsse vor. Andrea Vonlanthen, Präsident der EBK möchte

noch zwei, drei Sätze sagen.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Es ist richtig, wir haben nicht getagt und deshalb keine neuen Beschlüsse. Wir tagen nächsten Dienstag wieder und da gibt es eine Premiere zu melden. Erstmals in der Ära der Einbürgerungskommission ersucht eine Schweizer Familie um Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Arbon. Es sind dies:

- Strässle Pascal, 1966 Bürger von Bütschwil SG
- Strässle Silvia, 1966, Bürgerin von Bütschwil SG und Uttwil SG
- Strässle Nico, 1991, Bürger von Bütschwil SG
- Strässle Marc, 1995, Bürger von Bütschwil SG

Pascal Strässle ist seit 1975 in Arbon wohnhaft, Silvia Strässle sogar seit 1971. Am nächsten Dienstag werden keine weiteren Gesuche behandelt, weil wir uns um ein Stück Weiterbildung bemühen. Wir haben Giacun Valaula, Leiter kantonales Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen eingeladen. Er wird der Kommission einen Einblick geben in die Arbeit seines Amtes und die Arbeit der Kantonalen Justizkommission. Es sind dies die beiden Instanzen, die sich auch mit den Gesuchen aus Arbon beschäftigen müssen. Die Zahl der behandlungsreifen Gesuche hat im Übrigen seit der letzten Parlamentssitzung sich nicht verändert. Es liegen weiterhin fünf behandlungsreife Gesuche vor

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Bevor wir zu Traktandum 2 kommen, möchte ich schnell noch etwas zum Zeitplan sagen. Wir werden es so halten wie immer bei den Budgetsitzungen, dass wir nach dem Investitionsplan eine kurze Pause einlegen, damit die zwei Herren Vonlanthen und Egli die genauen Zahlen ermitteln können und nachher machen wir weiter. Wir sind bestrebt, dass wir eine möglichst zügige Sitzung abhalten können und ich bitte Alle, ihre Voten möglichst kurz zu halten.

2. Botschaft überarbeiteter Voranschlag 2010

Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2010 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2010 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'432'730.— Mio. Franken sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von 3'816'000.— Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt Ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK vor sowie mit den daraus resultierenden Zahlen.

Das Wort zum **Eintreten** erteile ich zuerst Silke Sutter Heer als Präsidentin der FGK.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Ich werde mir heute ausnahmsweise erlauben, den Bericht der FGK mehrheitlich wörtlich zu verlesen, da wir in der FGK diesen Wort für Wort durchberaten haben.

Nach der Ablehnung des Budgets 2010 durch das Arboner Stimmvolk am 7. März 2010 hatte der Stadtrat sechs Wochen Zeit, um das Budget zu überarbeiten. Am 21. April 2010 wurde dem Parlament der überarbeitete Voranschlag 2010 des Stadtrates zugesandt. Die FGK hatte damit rund zwei Wochen Zeit, um das Budget noch einmal zu beraten. Anstelle der üblichen Fragerunde mit dem Stadtrat, die aus zeitlichen Gründen nicht durchgeführt werden konnte, wurde Mischa Vonlanthen, Abteilungsleiter Finanzen, beigezogen, der direkt an den Sitzungen allfällige Fragen beantwortete oder raschmöglichst abklärte. Hierfür möchte sich die FGK in aller Form bedanken. Die FGK-Mitglieder sind sich bewusst, dass dies von allen ein ausserordentlicher Einsatz war, zumal eine der drei Sitzungen am Samstagmorgen, 1. Mai 2010, stattgefunden hat.

Die Ausgangslage für dieses Budget ist aussergewöhnlich. Da mitten im laufenden Budgetjahr 2010 budgetiert wird, ist bereits die Rechnung 2009 bekannt und es kann teilweise sogar schon auf die Zahlen von 2010 abgestützt werden. Damit entstanden mehr Kostenwahrheit und eine höhere Verlässlichkeit. Die FGK kommt

zum Schluss, dass dies aufzeigt, wie schwierig es ist, bereits von August bis November jeweils verlässlich für das kommende Jahr zu budgetieren. So wurde erst am 11. März 2010 vom Kanton bekannt, dass die Stadt aus dem Finanzausgleich 1.1 Mio. Franken bekommt, statt wie 2009 437'000.— Franken budgetiert. Solche Entwicklungen sind nicht vorhersehbar. Im Budgetprozess muss in dieser schnelllebigsten Zeit mit provisorischen Zahlen gerechnet werden, bei denen nicht abschätzbar ist, wie sie sich entwickeln werden. Gleiches gilt für den Bereich Krankenversicherung, wo neu mit Minderausgaben von Fr. 268'000 zu rechnen ist. Insgesamt ist das Volumen der ausbezahlten Prämienverbilligungsbeiträge im gesamten Kanton gesunken und demzufolge hat sich auch der Beitrag der Stadt Arbon reduziert. Unter anderem ist das eine Folge der höheren durchschnittlichen Steuerkraft im gesamten Kanton. Die Stadt muss daher jeweils den Bescheid des Kantons abwarten, bevor sie sich auf verlässliche Zahlen stützen kann.

Die Entwicklung bei den Steuereinnahmen lässt sich heute ebenfalls zuverlässiger abschätzen. Während sich bei den natürlichen Personen die positive Tendenz fortsetzt, ist aufgrund der Rechnung 2009 klar, dass die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen für 2010 realistisch budgetiert worden sind. Eine weitere Erkenntnis bestätigt sich ebenfalls: Während sich die Wirtschaft langsam erholt, hinkt das Sinken der Arbeitslosenzahlen in Arbon hinterher.

Ausgangslage für die FGK und das Parlament ist nun ein Budget 2010, das noch ein Defizit von rund 1,4 Mio. Franken aufweist. Der Aufwandüberschuss ist damit um rund 1.2 Mio. Franken tiefer budgetiert als beim ersten Mal. In der FGK kam es zu heftigen Diskussionen betreffend weiterer Einsparungsmöglichkeiten. Mehrheitlich konnte sich die FGK dem neu vorgelegten Budget 2010 jedoch anschliessen. Dies hat nichts damit zu tun, dass nicht ernsthaft darüber nachgedacht wurde, ob es nicht weitere Einsparungsmöglichkeiten gäbe.

Die FGK nahm zur Kenntnis, dass sich die Forderungen betreffend der Höhe der Ausgaben-Kürzungen inflationär vermehrten, zuletzt sollten dies gar Fr. 2 Mio. sein. Bis heute gab es jedoch kaum konkrete Vorschläge, wo dies denn eingespart werden soll. Sollen Einsparungen in dieser Höhe ernsthaft vorgenommen werden, trifft dies alle. Es müssten Infrastruktur abgebaut, Personal entlassen, Vereins- und Unterstützungsbeiträge an Institutionen gekürzt werden. Nicht übersehen werden darf, dass das Parlament und das Stimmvolk den Personaletat immer wieder genehmigt haben. Die Aufstockungen in diesem Bereich waren ein Prozess über Jahre hinweg, der mit Blick auf die anstehenden grossen, komplexen Projekte in Arbon vorgenommen wurde. Hier nun zurückzufahren wäre, wie wenn man beim Bergaufwärtsfahren bremsen würde. Es muss klipp und klar gesagt werden, dass damit die positive Entwicklung Arbons gestoppt würde, wenn nicht sogar um Jahre zurückgeworfen. Geradezu unverantwortlich wäre es, im Bereich „Soziales“ Personal abzubauen. Dort wurde Personal aufgebaut, weil aufgrund der sehr hohen Sozialkosten im Jahr 2004 klar wurde, dass durch die fehlende Kontrolle aufgrund des Personalmangels die Kosten ausser Kontrolle geraten waren. Dieser Fehler darf nicht wiederholt werden.

Die FGK ist klar der Meinung, dass, sollten die städtischen Entwicklungsprozesse für die Bevölkerung zu rasch und zu komplex sein, es Aufgabe des Stadtrates ist, diese verständlich zu machen und zu erklären. In diesem Zusammenhang wäre es für ein nächstes Mal wohl zweckmässig, wenn der Stadtrat vor der Budgetabstimmung über allfällig bekannte Änderungen informieren würde. Die leider gerade in dieser Zeit eingetretene Wirtschaftskrise hat auch in der Stadtkasse ihre Spuren hinterlassen. Arbon ist aber in einem Entwicklungsprozess, der nicht einfach unterbrochen werden kann, ohne dass wir der Stadt und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern auf Jahre hinaus Schaden zufügen. Arbon muss es wagen, den eingeschlagenen Kurs nun zu Ende zu gehen. Investitionen in Krisenzeiten haben sich immer ausgezahlt. Wer sich in Krisen durch Angst leiten lässt, steht schnell vor dem Abgrund, während diejenigen, welche umsichtig weitergehen, am Ende der Krise bereit sind für den Aufschwung.

Intensiv hat die FGK – auf einen Antrag hin - diskutiert, ob sie pauschale Kürzungen im Umfang von total 163'650.— Franken in den Positionen 3100, 3101 und 3102 (Bürobedarf, Inserate, Drucksachen, Druck, Reglemente, etc.), Position 3140 (baulicher Unterhalt, 3141 (baulicher Unterhalt, konkrete Objekte) und Position 3150 (Unterhalt Mobilien, übriger Unterhalt) beantragen soll. Zwar wäre dies wohl ein politisch-taktisches Zeichen des Einsparwillens, die Mehrheit kam aber zum Schluss, dass damit am falschen Ort Kürzungen vorgenommen würden. Zum einen wurden hier schon gegenüber der Rechnung 2009 Kürzungen vorgenommen (z.B. Position 3141 minus 80'000.— Franken, Position 3150 minus 30'000.— Franken, Position 3140 minus 7'000.— Franken), zum anderen erklären sich die zusätzlichen 10'000.— Franken beim Bürobedarf, etc. durch die Anschaffung von Bussenblöcken. Diese Positionen um weitere 10 Prozent zu kürzen, birgt die Gefahr, dass notwendiger Unterhalt aufgeschoben und dann später viel teurer nachgeholt werden muss, eine Erfahrung, die wir in Arbon bereits gemacht haben und nicht wiederholen müssen. Zudem würden diese Kürzungen vor allem das Arboner Gewerbe treffen.

Aufgefallen ist der FGK, dass sich die Kosten der Pro Senectute verdoppelt haben (Pos. 1440.3654 + 1580.3651). Die FGK wird eine Arbeitsgruppe gründen, um die Gründe hierfür zu hinterfragen. Sie wird das Parlament zu gegebener Zeit über das Resultat ihrer Abklärungen informieren. Es wird dann wohl diskutiert werden müssen, was diese Institution anbietet bzw. an welchem Angebot sich die Stadt beteiligen soll.

Das vorgelegte neue Budget 2010 erreicht einen Selbstfinanzierungsgrad von 45 Prozent (vorher 10 Prozent). Das Ziel ist gemäss Legislaturplan, mittelfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von 70 Prozent zu erreichen.

Die FGK kam erneut einstimmig zum Schluss, dass sie einer Beibehaltung des Steuerfusses von 76 Prozent zustimmen kann. Es stellt sich jedoch nach wie vor die Frage, wie realistisch es ist, dass dieser Steuerfuss angesichts des tiefen Selbstfinanzierungsgrades künftig beibehalten werden kann.

Neu betragen die Nettoinvestitionen 3,816 Mio. Franken gegenüber vorher 7,296 Mio. Franken. Damit wurden die Investitionen offensichtlich auf das im Jahr 2010 Realisierbare gekürzt.

Zusammenfassend gilt es festzuhalten, dass sich die FGK, in der alle Parteien Einsitz haben, ernsthaft und vertieft mit dem neuen Budget auseinandergesetzt hat. Mit wenigen Ausnahmen kann sie sich mehrheitlich dem vom Stadtrat neu vorgelegten Budget 2010 anschliessen. Ihr ist es aber nicht möglich, pauschale Forderungen nach Kürzungen in die Welt zu setzen. Vielmehr muss sie sich mit den Konsequenzen der Kürzung einzelner Positionen verantwortungsvoll auseinandersetzen. Die Stimme der FGK zeigt sich in diesem Bericht, in dem sie nicht darum herum kommt, sachlich zu argumentieren. Es ist allen Beteiligten klar, dass ein Teil der Arboner Stimmbevölkerung ihrem Unbehagen durch das Nein zum Budget 2010 Luft gemacht hat. Ein Nein zum Budget heisst aber immer auch, dass man nicht genau weiss, was denn nun konkret damit bezweckt wird. War es die geforderte Kürzung von über 1 Mio. Franken, welche nun erreicht ist, war es einfach ein Zeichen oder muss mehr oder anderes gekürzt werden? Arbon hatte Glück, das überarbeitete Budget weist ein deutlich tieferes Defizit auf, ohne dass drastische und spürbare Einsparungen gemacht werden mussten, das Ziel wurde aber erreicht. Deshalb kann auch die FGK mehrheitlich dazu ja sagen.

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und –kollegen ganz herzlich für die effiziente und kollegiale Zusammenarbeit sowie die konstruktiven und interessanten Diskussionen. Ein Dank geht auch an den Stadtrat und die Abteilungsleiter, vor allem aber an Mischa Vonlanthen für seinen ausserordentlichen Einsatz.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Das Eintreten ist obligatorisch

Voten:

Roman Buff, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die nochmalige, geleistete Arbeit bei der, nach der Ablehnung des Souveräns des Budgets 2010, notwendig gewordenen Neubearbeitung des Budgets 2010. Die FGK hat die Budgetposten nochmals durchberaten, wobei Mischa Vonlanthen an allen Sitzungen dabei war und als Bindeglied zum Stadtrat alle Fragen geklärt hat, wozu wir ihm speziell danken.

Auf der Einnahmenseite wurde der Steuerfuss bei 76% belassen. Im Vergleich zum Vorbudget sind Mehreinnahmen von rund Fr. 900'000.— aus dem kantonalen Finanzausgleich und Minderausgaben der Krankenversicherung zu verzeichnen. Diese Mehreinnahmen sind erst im März 2010 bekannt geworden und erweisen sich jetzt als Glücksfall. Man kann jetzt monieren, wie das schon zu hören ist und wie wir das heute Abend noch hören werden, dass die Hauptreduktion des Budgetdefizits fast nur aus dieser Einnahmenerhöhung resultiert. Aber ich frage sie, ist es denn verboten oder unredlich, auch in der Politik Glück anzunehmen und positiv zu werten, wenn auch die Stadt einmal Glück hat, unerwartet mehr Einnahmen zu bekommen und auch auf diese Weise ein Defizit reduziert werden kann?

Auf der Ausgabenseite hat die FGK den Aufwandüberschuss gegenüber dem Vorbudget um Fr. 65'000.— reduziert. Zu weiteren Kürzungen konnte sich die FGK nicht durchringen und es gingen auch keine weiteren, konkreten Anträge von FGK-Mitgliedern ein, wo denn noch gespart werden könnte, ohne dass es dann an die Substanz ginge, was zum Beispiel Infrastruktur- oder Personalabbau zur Folge hätte, oder Unterhaltskosten reduziert werden, was in den Folgejahren nur Verteuerungen zur Folge hätten. Zudem hat der Stadtrat gegenüber der Rechnung 2009 doch etliche Positionen gekürzt. Mit diesem Budget ist nun immer noch gewährleistet, dass die angestossene positive Entwicklung in Arbon weiter vorwärts gehen kann.

Wir müssen aber auch differenziert in die Zukunft schauen, das heisst auch auf die folgenden Budgets 2011 bis 2015. Wenn auf der Einnahmenseite nicht mehr Steuern generiert werden, dann kommen wir nicht umhin, auch über schmerzliche Ausgabenreduktionen zu diskutieren, wie wir zum Beispiel das ganze, enorme

Litteringproblem ohne Mehrstellen in den Griff bekommen, wie die ganze, positive Jugendarbeit oder weiter gedacht, die ganze Prävention aufrecht erhalten und weiter finanziert werden kann, wie die wichtige Integrationsarbeit weitergeht, was wir mit Pro Senectute alles finanzieren wollen und können usw. Dies sind eigentlich gesellschaftliche Probleme, die mehr und mehr auf die Stadt übertragen werden. Muss das alles die Stadt übernehmen ist zu fragen.

Lassen sie mich zum Schluss noch einige persönliche Gedanken zum von den Stimmenden abgelehnten ersten Budget äussern. Ich habe mich mit den wirklichen Motiven dieses knappen Neins befasst und sehe unvollständig drei folgende Punkte. Diese Fragen hätte man sich übrigens auch bei einem knappen Ja stellen müssen:

1. Eine Gruppe dürfte sich ganz einfach gesagt haben: Über 2 Mio. Defizit, das geht einfach nicht, also stimmen wir Nein. Soviel Schulden kann man nicht machen und ich kann persönlich ja auch nicht einfach Schulden machen und was ich nicht im Portemonnaie habe, darf ich auch nicht ausgeben. Diese sogenannte Milchbüchlirechnung verstehe ich, obwohl ja auch im Privaten berechnete Schulden gemacht werden, z.B. wenn ich ein Haus kaufe oder wenn ich ein Geschäft eröffne und betreibe.

2. Von der SVP und dem Komitee mit offenbar überparteilicher Beteiligung wurden in den nun bestehenden wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit dem Slogan „Wir sparen, koste es was es wolle“ bewusst vorhandene Ängste geschürt und damit ein grösserer Bevölkerungsanteil angesprochen, der dann an der Urne Nein stimmte.

3. In diesem dritten Punkt wurde das Nein durch persönliche Motive bestimmt: Es ging darum, dem Stadtrat und besonders dem Stadtammann einmal einen Schuss vor den Bug zu setzen. Einen Bremsen zu setzen für den Erfolg, der doch die eingeleitete Entwicklung in Arbon darstellt. Offenbar darf in Arbon immer noch kein Erfolg sein. Das Grundmotiv hier ist Neid. Allerdings sind in Bezug auf die Information dieser Entwicklung Defizite vorhanden, dem Bürger, der Bürgerin diese sehr positive Entwicklung in Arbon jetzt und in Zukunft auch bürgernah näher zu bringen. Dieses Defizit muss der Stadtrat unbedingt lösen, was mit der Komplexität der Projekte nicht einfach ist. Aus Fehlern darf man auch lernen.

Zusammengefasst sind die wichtigen zwei Motive also: Angst und Neid. Sowohl in persönlichen Beziehungen wie auch im politischen Alltag sind Angst und Neid sehr schlechte Ratgeber und ich hoffe und setze mich dafür ein, dass diese Motive die Entwicklung in Arbon nicht mehr bremsen werden.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Im Namen der Fraktion der SP und Gewerkschaften möchte ich mich zuerst beim Stadtrat, der FGK und bei den zuständigen Personen in der Stadtverwaltung dafür bedanken, dass das Budget in der zur Verfügung stehenden, kurzen Zeit speditiv mit der nötigen Seriosität überarbeitet werden konnte.

Wir stehen mit diesem Budget vor der speziellen Situation, dass wir über das Budget des Jahres 2010 reden, also über ein Jahr, das schon fast zur Hälfte hinter uns liegt.

Dies hat Vor- und Nachteile:

- Sicher ist es ein Vorteil, dass wir nun über genauere Zahlen verfügen, was die Planung vereinfacht
- Andererseits ist aber wie erwähnt fast die Hälfte des Jahres vorbei. Wir gehen ja davon aus, dass die Stadtverwaltung in den vergangenen Monaten gearbeitet hat und Teile des Budgets bereits aufgebraucht worden sind. Die Auswirkung einer Kürzung muss daher doppelt überlegt werden.

Zum Budget selbst:

Dieses weist ein Defizit von 1,4 Mio. Franken auf, das heisst, dass der Aufwandüberschuss im Vergleich zur ersten Budgetvorlage um rund 1,2 Mio. Franken verringert werden konnte.

Diese deutlich bessere Situation ist aber nicht Folge von eisernem Sparwillen, sondern ist – wie es die FGK ausdrückt – auf Glück, bzw. auf glückliche Umstände zurückzuführen. Konkret erhält die Stadt bedeutend mehr Mittel aus dem Finanzausgleich und hat im Bereich Krankenversicherung Minderausgaben.

Die Stadt hatte also Glück. Glücklicherweise können wir jedoch mit dem immer noch bestehenden Defizit von 1,2 Mio. Franken nicht sein.

Die Fraktion der SP und Gewerkschaften hat deshalb das Budget nochmals genau unter die Lupe genommen. Wir können insgesamt den vom Stadtrat vorgeschlagenen Verschiebungen im Bereich Investitionen zustimmen.

Wir können uns zudem auch der FGK anschliessen, die feststellt, dass zwar Forderungen nach Einsparungen laut geworden sind, dass aber kaum weitere sinnvolle Vorschläge auf dem Tisch liegen, wo denn konkret noch gespart werden könnte.

Es stimmt, wir haben keine erfreulichen Zahlen. Dies hängt zu einem grossen Teil mit der schlechten wirtschaftlichen Lage zusammen. Dass die Wirtschaftslage schlecht ist und wir vorsichtig haushalten müssen, ist aber schon längst bekannt. Die Fraktion der SP und Gewerkschaften hat bereits in der Beratung zum Budget 09 eindringlich darauf hingewiesen. Deshalb staunen wir über einige unserer Parlamentskollegen, die im Vorjahr noch Steuersenkungen forderten und nun als Warner und Retter auftreten.

Konkret haben wir im Budget des Vorjahres gefordert, dass im Bereich Planung und Stadtverschönerung bestimmte Projekte verschoben oder gekürzt werden sollten. So beantragten wir, die Renovierung des Kappeli zu verschieben und riefen das Parlament auf, Verantwortung zu übernehmen. Die Antwort aus der Reihe SVP lautete darauf gemäss Protokoll: "Ich appelliere an Sie, hier nicht zu verhindern, sondern zu ermöglichen. Der Stadtrat weiss, glaube ich, gut genug, welche Ressourcen er hat und wann er die einsetzen kann." Zitat Ende.

In der gleichen Sitzung gab es von unserer Seite Kürzungs- bzw. Verschiebungsanträge für die Umgestaltung Schlossanlage, Pavillonpark und Planung Altstadt Nord. Eindringlich wiesen wir auf die schwierige Wirtschaftslage hin. Der Stadtrat reagierte mit Unverständnis. Der zuständige Stadtrat antwortete wie folgt: "Ich habe ihre Befürchtungen und Einwände mit einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Und ich kann das von ihnen skizzierte triste Wirtschaftsbild nicht nachvollziehen."

Ähnlich tönte es wiederum von SVP-Seite, welche auf einer höheren Senkung des Steuerfusses beharrte und dies wie folgt begründete, Zitat: "Kommt dazu, wir können es uns wirklich leisten."

Geschätzte Damen und Herren. Mittlerweile ist uns allen klar, dass die Situation schlecht ist. Nun aber wieder in das andere Extrem zu springen macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Wir setzen uns ein für eine kontinuierliche, massvolle Finanzpolitik und keine hü-hott-Politik.

Wir haben das Budget angeschaut. Die "Nice-to-have"-Projekte wurden realisiert und können deshalb auch nicht mehr gestrichen werden. Wenn wir jetzt kürzen, nagen wir am Fundament unserer Stadt und keinesfalls möchten wir zukunftssträchtige Vorhaben wie die NLK gefährden - und wir stimmen auch der FGK zu: Wir wollen nicht Personal entlassen und auch nicht Vereinsbeiträge kürzen.

Die Fraktion der SP und Gewerkschaften steht deshalb grossmehrheitlich hinter den Anträgen des Stadtrates. Einzelne Abweichungen werden wir in der Detailberatung vorbringen.

Wir müssen uns aber alle bewusst sein, Stadtrat und Parlament, dass wir in einem halben Jahr über das Budget 2011 beraten werden. Spätestens bis dahin muss eine transparente Planung, d.h. Projekt- und Finanzplanung, vorliegen, in welcher die Mittel zielgerichtet den prioritären Aufgaben zugewiesen werden. Auf diese Weise kann wirklich gespart werden.

Elisabeth Tobler, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich den erneuten Dank für das revidierte Budget dem Stadtrat und dem Stadtpersonal aus.

Das Nein der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum letzten Budget zeigt deutlich, dass die von der SVP immer wieder kritisierte Grosszügigkeit in der Ausgabenpolitik in einer breiten Bevölkerung nicht goutiert wird. Schon verschiedentlich haben wir gewarnt und der Stadtrat hätte es in der Hand gehabt, die kritisierten Bereiche nach unten zu korrigieren, so auch in diesem Budget.

Wir von der SVP sind sehr enttäuscht, dass die einzige Position, die aktiv gestrichen wurde, der Beitrag von zusätzlichen Fr. 5'000.— an das Sinfonische Orchester ist, übrigens entgegen der letzten Parlamentsabstimmung, wohingegen bei den Sozialen Diensten das Migrationskonzept von Fr. 10'000.— wieder aufgenommen wurde, auch dies entgegen der letzten Parlamentsabstimmung.

Wir sind absolut der Meinung, dass die Mehrzahl der Stimmberechtigten eine Reduktion der Ausgaben wünscht und nicht nur eine Korrektur mit Mehreinnahmen vom Kanton und Verschiebung von Projekten. Wir werden deshalb verschiedene Kürzungsanträge stellen und bitten das Parlament eindringlich, darauf einzutreten, um damit dem Stimmbürger ein Zeichen zu geben, dass Sparwille vorhanden ist. Er würde es unseres Erachtens nicht verstehen, wenn im nächsten Budget wiederum aufgrund der jetzigen Zahlen erneut höhere Ausgaben präsentiert würden, und somit eine Steuerfusserhöhung, schneller als uns lieb ist, angesagt werden müsste.

Dass der Steuerfuss ein Thema ist, entgegen dem Votum des Stadtrates, zeigt das Rating der Bilanz, das ja bekanntlich nicht gerade rosig ausgefallen ist für Arbon. Wie schon beim letzten Budget erwähnt, stehen wir innerhalb unseres Kantons auf dem vierthöchsten Platz bei den Gemeindesteuern.

Der Stadtrat ist gut beraten, wie von der SVP verschiedentlich moniert, sich der Führungsaufgabe vertiefter zu widmen und eine Unterteilung aller Budget-Positionen ist wünschbar und notwendig vorzunehmen und dies auch von den Chefbeamten zu verlangen. Dies sollte dann auch bei der nächsten Rechnungslegung sichtbar werden.

Sparpotenzial sehen wir vor allem in der Allgemeinen Verwaltung und im Bereich Soziale Wohlfahrt. Hier möchten wir betonen, dass wir die notwendige Unterstützung der Bürger befürworten, aber wir brauchen in Arbon keine Luxuslösungen. Das Wie einer Unterstützung darf mit Fug und Recht hinterfragt werden. Auch Mediationen, Workshops, zusätzliche neue Projekte und Konzepte zeigen uns, dass hier die Gelder grosszügig eingesetzt werden, was übrigens auch die FGK zum Schluss bringt, dass die Gelder derzeit in diesem Bereich anders eingesetzt werden müssen.

Dass teure Reorganisationen nicht den gewünschten Erfolg bringen, zeigt auch die Situation in der Bauverwaltung. Die Situation steht und fällt mit einer guten Führung. Hier erwarten wir, dass nun nicht einfach mit Personalaufstockungen noch höhere Kosten verursacht werden.

Erfreulich ist, dass bei den Investitionen Projekte verschoben wurden, die einerseits noch nicht bereit waren und andererseits nicht zwingend sofort realisiert werden müssen.

Es ist der SVP wichtig, dass wir als Parlamentarier dazu beitragen, dass dieses Budget die Zustimmung an der Urne erhält. Dies gelingt nur, wenn der Bürger Vertrauen haben kann in die Führung und weiss, dass sie haushälterisch mit den Finanzen umgehen kann und dies auch nach einem Ja an der Urne konsequent weiterverfolgt.

Es ist wichtig, dass wir in Arbon die Neue Linienführung Kantonsstrasse (NLK) und die 3-fach-Sporthalle an der Urne annehmen können.

Und gerade vor diesem Hintergrund möchten wir nochmals an den Stadtrat und die Chefbeamten appellieren, mit einer langfristig moderaten Ausgabenpolitik in jedem Ressort diese einzigartigen zukunftsweisenden Projekte zu ermöglichen und sie nicht zu gefährden.

Es braucht für die positive Entwicklung von Arbon jetzt die nötige Zurückhaltung. Wir können nicht auf allzu grossem Fuss leben hier in unserer Stadt, das Geld muss weise eingeteilt werden, dann reicht es auch für die grossen Projekte.

Max Gimmel, FDP/DKL: Zugegeben, wir sollten uns nicht an Amriswil messen, aber einen kleinen Stich haben wir doch verspürt, als wir vom positiven Rechnungsabschluss unserer Nachbargemeinde gehört haben. Allerdings, was wir vielleicht überhört oder gar nicht gehört haben ist die Tatsache, dass Amriswil vom Kanton 3,4 Mio Franken aus dem Finanzausgleich erhält, während Arbon nun immerhin 1,1 Mio. Franken erhält. Und wie mir scheint, haben sich die Amriswiler auch nicht so sehr daran gestört, dass der Rechnungsabschluss erst im April kommuniziert worden ist. Da sind unsere Erwartungen doch schon einiges höher.

Es ist halt so, es gibt überall verschiedene Betrachtungsweisen, so auch zum Arboner Budget. Hier die Sicht der FDP/DKL-Fraktion:

Wir haben seit dem Jahr 2000 die Nettoschulden massiv abbauen können, nämlich um 23 Mio. Franken, und haben dabei gleichzeitig noch für 18 Mio. Franken investiert. Zusätzlich haben auch wir den Steuerfuss gesenkt, wenigstens um vier Punkte. Wir sind heute eigentlich weit besser dran als wir dies vor zehn Jahren waren. Und trotzdem ist um das Budget eine sehr heftige Diskussion entbrannt, die, wie wir innerhalb der FDP/DKL-Fraktion glauben, über das Ziel hinausschiess.

Für die guten Ergebnisse in den vergangenen zehn Jahren waren einzig und allein drei Faktoren verantwortlich:

1. Die Steuereinnahmen waren immer wieder besser als budgetiert
2. Die Kosten für die Sozialhilfe waren immer wieder einmal günstiger als budgetiert
3. Es wurden keine Investitionen getätigt

Genau diese drei Faktoren sind es, die heute das Budget nicht verbessern, sondern massiv belasten: Zu wenig Steuereinnahmen, zu hohe Sozialkosten und hohe Investitionskosten. Dass das Volk nun zu einem Budgetdefizit von 2,5 Mio. Franken nein gesagt hat, das nehmen auch wir ernst, allerdings auf eine andere Art und Weise.

Wir stellen zuerst einmal fest, dass die drei Faktoren, die das Budgetdefizit verursacht haben, keine Fehlleistung des Stadtrates sind und ihm nicht angelastet werden können. Es sind auch keine Fehlleistungen der Mitarbeitenden in der Verwaltung. Wenn sich die wirtschaftliche Situation wie 2008/09 innerhalb eines Jahres derart markant verändert, manchmal habe ich das Gefühl, das haben alle schon wieder vergessen, dann kann man nicht aus dem Stand heraus 2 Mio. Franken einsparen, erst recht nicht in einem einmonatigen Budget-Prozess. Und wenn man dies dem Volk noch so vorrechnet, ist das unredlich, denn wir Parlamentarier haben den Einblick in die Rechnung und wissen, dass es nicht möglich ist. In einem Crash-Szenario ist es möglich, aber auch selbst bei einer drastischen Entlassungswelle im Stadthaus wären 2 Mio. Franken Reduktion bis Ende Jahr unmöglich gewesen.

Zum zweiten stellen wir fest, dass wir mit dem Finanzplan bis 2013 bereits wissen, dass auch die nächsten drei Budgets Defizite ausweisen werden. Dies unter der Voraussetzung, dass die grossen Investitionen, die bevorstehen realisiert werden. Wir alle wissen um die ausserordentliche Bedeutung der Neuen Linienführung der Kantonsstrasse (NLK), die Arbon mit enormer Unterstützung von Bund und Kanton das Areal Saurer Werk2 erschliessen hilft. Diese Chance fahren zu lassen, wäre ein grosser, unverzeihlicher Fehler. Und wenn wir deshalb wissen, dass es in den nächsten Jahren ähnlich wie heute sein wird, dann sollten wir heute nicht kurzfristig Investitionen oder Vorhaben um ein Jahr verschieben, es wird auch in einem Jahr noch einmal diskutiert werden müssen. Wir müssen grundsätzliche Überlegungen anstellen.

Der Stadtrat wird nun kritisiert, zu wenig am Budget verändert zu haben, es liege mehr drin. In den Medien hiess es sogar, dass der Stadtrat den Entscheid dem Parlament abschiebt, oder das Abstimmungsergebnis nicht ernst nimmt.

Der Stadtrat will aber heute nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Er ist nämlich der Ansicht, dass es unter den gegebenen Umständen des Steuerausfalls ein Budgetdefizit trägt. Er begründet es also und schiebt es nicht ab. Er sieht, zumindest vorläufig, von weiteren Massnahmen ab.

Wir sind nun an der zweiten Runde der Budgetberatung für das Jahr, das notabene schon weit fortgeschritten ist. Wenn wir über dieses Budget an der Urne abstimmen, ist die Hälfte des Jahres bereits vorüber, und nach weiteren zwei Monaten beginnen wir bereits schon mit dem Budgetprozess 2011. Für uns in der FDP/DKL-Fraktion hat das Nein des Volkes deshalb vor allem für die zukünftigen Budgetprozesse einen Einfluss. Die vergangenen Monate haben zumindest auf allen Stufen die Sensibilisierung für das Defizit geschärft.

Es ist aber eine sehr einseitige Betrachtungsweise, das Sparpotential nur in den Mitarbeitenden der Gemeinde zu sehen. Gespart werden kann auch, indem das Personal im Stadthaus nicht wegen jeder Bagatelle angerufen wird. Allerdings erscheint dieses Sparpotential nicht ausgewiesen in der Jahresrechnung. Das Beispiel Schalteröffnungszeiten der Bauverwaltung hat sofort Empörung ausgelöst. Die Kommunikation dieses Entscheides war sicher abrupt und unglücklich, der Grundsatz ist aber der Gleiche geblieben: Konzentration der Anfragen, an sich eine sinnvolle Sache. Diese Massnahme zeigt auch, wie Kosten eingespart werden können.

Unsere Ansprüche in Kultur, Sport und Freizeit in allen Altersstufen werden immer mehr dem Gemeinwesen übertragen. Die Beiträge an die Institutionen werden immer höher, die Freiwilligenarbeit wird immer geringer, Gemeinnützige Institutionen finden keine Mitglieder mehr, sie lösen sich auf oder müssen ihre Mitglieder entlohnen. Wir müssen zweifellos erkennen, dass wir mit unseren Ansprüchen an Grenzen stossen. Wir müssen uns fragen, was muss von der Gemeinde alles vorgeleistet und zur Verfügung gestellt werden.

Das Beispiel der Lärmimmission auf dem Kinderspielplatz an der äusseren Brühlstrasse muss uns nachdenklich stimmen. Dabei nehme ich in keiner Weise Partei für irgendeine der involvierten Gruppierungen. Einerseits fördern wir das Spiel der Kinder mit einem attraktiven Spielplatz, andererseits stört uns der Lärm spielender Kinder, vor dem Fernseher wären sie wohl ruhiger. Die Bereinigung der Situation hatte eine Mediation zur Folge, und somit auch Kosten. Wir dürfen aber erfreulicherweise der Pressemitteilung entnehmen, dass nun alle wieder zufrieden sind.

Der FDP/DKL-Fraktion hat die doppelte Budgetdebatte gezeigt, dass es äusserst schwierig ist, die einzelnen Budgetpositionen zu kürzen. Es fehlen oft die Zusammenhänge oder die konkreten Angaben. Andererseits darf es auch nicht sein, dass wir hier im Parlament über Kopierpapier zu diskutieren beginnen. Wir haben aber in dieser Budgetdiskussion klar festgestellt, dass der Gemeinde ein transparentes Planungsinstrument für die

Kommunikation von Projekten fehlt. Nicht zuletzt deswegen hören wir auch aus dem Volk Stimmen, die mit den laufenden Projekten überfordert sind und den Überblick nicht mehr haben. Dieser Zustand führt zu einer negativen Haltung.

Wir werden deshalb auf die nächste Parlamentssitzung in einer Motion, zu der wir auch die übrigen Fraktionen begrüßen, den Stadtrat auffordern, ein Planungsinstrument, ähnlich wie es in der Gemeinde Frauenfeld als Massnahmenkatalog bereits besteht, einzuführen. Mit einem Planungsinstrument können die vielfältigen Projekte, die innerhalb eines Gemeindewesens geführt werden müssen, transparent dargestellt werden, vor allem auch, wie sie zeitlich ablaufen werden, welche Institutionen oder übergeordneten Stellen mit involviert sind und was sie kosten werden.

Aus diesem Grund haben wir beschlossen, dass wir die für die zweite Runde getroffenen Massnahmen von Stadtrat und FGK unterstützen, aber keine weiteren Forderungen stellen. Ob ein Projekt sinnvoll ist oder nicht, darf nicht im Rahmen eines Budget-Prozesses diskutiert werden. Wir müssen vorher die Weichen stellen. Dazu bedarf es im Parlament auch Grundsatz-Diskussionen, Zeit dazu hätten wir.

So werden wir in der materiellen Diskussion vor allem grundsätzliche Aspekte beleuchten.

Abschliessend noch eine Bemerkung aus der Erinnerung. Wir haben als erstes Budget im Jahr 2004 bereits über ein Defizit von rund 1,3 Mio. Franken abstimmen müssen. Dieses Budget wurde dann mit einem Rechnungsdefizit von Fr. 200'000.— wiederum korrigiert. Wir haben bei unserm allerersten Budget bereits feststellen können, dass innerhalb eines Jahres 1 Mio. Franken Veränderung möglich sein können. Wir dürfen nicht darauf hoffen, aber das ist auch ein Beispiel.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der FDP/DKL-Fraktion bei allen Beteiligten der zweiten Budgetrunde aus Stadtrat und Verwaltung sehr herzlich bedanken für den grossen Einsatz.

Konrad Brühwiler, SVP: Eine Mehrheit der Arboner Stimmbevölkerung hat am 7. März 2010 mit dem Nein zum Budget mit Rekorddefizit Stadtrat und Parlament ein deutliches Zeichen zukommen lassen. Es war kein Zeichen gegen eine weitere positive Entwicklung der Stadt Arbon, sondern gegen den offensichtlichen finanzpolitischen Übermut und gegen eine baldige, massive Steuererhöhung. Das tieftrote Defizit und der tieftrote Rechnungsabschluss 2009 hätten Arbon in Bälde einen Rekordsteuerfuss beschert.

Somit war der Auftrag an die Stadtregierung eigentlich klar, zumal derselbe Auftrag auch zentraler Punkt des überparteilichen Komitees gegen das Rekorddefizit war: „Die Ausgaben für Allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit, Verkehr, Gesundheit und vor allem Soziale Wohlfahrt sind zu reduzieren. Sparen ist angesagt“.

Auch ich danke dem Stadtrat für den überarbeiteten Vorentwurf 2010. In zwei von drei Anträgen hat er seine Pflicht erfüllt.

Bei der Investitionsrechnung hat er die konkreten und prioritär geführten und vor der Realisierung stehenden Objekte von visionären, zum Teil unfertigen und erst in Planung stehenden Projekten getrennt.

Den Steuerfuss beantragt der Stadtrat bei 76 Prozent zu belassen. Das Nein der Arboner Stimmbevölkerung war auch ein Nein zu einem höheren Steuerfuss. In diesem Sinn wünsche ich dem Stadtrat eine glückliche Hand im weiteren Prozess um den Steuerfuss.

Es ist für uns von der SVP ein Bedürfnis, dass Parlament und Bevölkerung früher, vollumfänglich und transparent in die verschiedenen Diskussionen, auch um den Steuerfuss, einbezogen werden. Und da wird es in nächster Zukunft einige weitere wichtige Entscheidungsfindungen geben. Beispiel Entwicklung der Stadt Arbon: Die Vision Zukunft Arbon und seine Folgen. Welche Folgen hat die Wachstumsstrategie? Wie viele Schulden sind für Arbon verträglich? Vision Steuerfuss, Steuerbelastung, Selbstfinanzierung, Strategie aller Körperschaften etc.. Da ist wirklicher Informations- und Meinungsaustausch gefragt.

Mit dem dritten Antrag, dem Voranschlag der laufenden Rechnung können wir aber klar nicht zufrieden sein. Das Nein der Mehrheit der Stimmbevölkerung zum ersten Budgetentwurf war ein Auftrag an den Stadtrat zu einem sparsameren Haushalten. Dieser neue Voranschlag ist eine grobe Missachtung dieses Volkswillens. Substanziell gespart wurde nirgends, im Gegenteil!

Zu diesem Budget kann ich nicht ja sagen, auch wenn es wesentlich einfacher und bequemer wäre, hier zu stehen oder hier zu sitzen und zu nicken. Es hat in der Vergangenheit wesentlich mehr Energie und Zeit gekostet, nein zu sagen und gegen die Mehrheit von Stadtrat und Parlament in eine Budgetabstimmung zu

ziehen. Es hat neben Engagement vor allen auch noch Kraft und Selbstbewusstsein gebraucht, denn wenn man als Andersdenkender in einer Frage, die an der Urne mit Ja oder Nein beantwortet muss, als Ewiggestriger, Rückständiger, Nestbeschmutzer, Brunnenvergifter, etc. betitelt wird, und das in einer rein sachlichen Angelegenheit, dann geht das in meinen Augen weit über das erträgliche Mass hinaus. Auch wenn es Reaktionen aus der Defensive heraus waren, schaden solche Äusserungen der politischen Kultur und sind für die Zukunft von Arbon nicht förderlich. Sachliche Auseinandersetzungen sind zwingend notwendig und zwar im Stadtrat, im Parlament, bei einer Sachabstimmung, aber auch mit dem Stimmvolk.

Als ich den ersten Budgetentwurf das erste Mal studierte, wusste ich, dass das Budget in dieser Form vor dem Souverän kaum Chancen haben wird. Als dann noch sämtliche Kürzungs- und Streichungsanträge der SVP-Fraktion abgelehnt wurden, konnte ich nicht anders als meinem Wählerauftrag zu folgen und gegen dieses Rekorddefizit antreten.

Sehen sie, ich mache immer wieder denselben Vergleich: Der Versicherungsvertreter verkauft Versicherungen, der Autovertreter verkauft Autos und der Volksvertreter – verkauft – das Volk. Dieser Sorte Volksvertretern möchten wir doch alle nicht angehören und deshalb können wir bei aller Sachlichkeit auch dem heutigen Vorschlag in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

Die SVP hat sich in der FGK erneut für Sparmassnahmen eingesetzt. Diesmal beantragen wir die lineare Kürzung von Positionen rund um Bürobedarf, Inserate, Drucksachen, Baulicher Unterhalt, Unterhalt Mobiliar, übriger Unterhalt etc. Selbst der Stadtrat attestierte uns, ich zitiere: „Eine derartige Aktion wäre höchstens im Sinne einer politisch-taktischen Massnahme akzeptabel, als Zeichen des guten Willens gegenüber dem Stimmbürger“, nachzulesen im Fragenkatalog Seite 2.

Wir werden in der materiellen Beratung diese Anträge noch einmal stellen. Es liegt an ihnen, diesen zuzustimmen oder bei Ablehnung die Verantwortung dafür zu tragen, denn dieser zweite Budgetentwurf ist hochgradig gefährdet.

Um dem Stadtrat aufzuzeigen, was eigentlich seine Verantwortung wäre, verweise ich auf eine Mitteilung der Exekutive des Kantons St. Gallen. Da schreibt der Regierungsrat Ende Januar 2010: „Defizite machen namhafte Korrekturmassnahmen notwendig!“ Da wird von Verzichtsplanning gesprochen, wobei Verzichtsplanning nicht nur ein Verzicht auf zusätzliche Leistungen, sondern auch ein Abbau bestehender Leistungen, also namhafte und spürbare Einsparungen bedeutet. Was dies für die Verwaltung bedeutet, können sie auch Kollege Kaspar Hug von der CVP/EVP-Fraktion fragen. Er als Direktbetroffener bekam das bereits erstellte Budget zurück mit dem Auftrag einer pauschalen Kürzung von, ich glaube 15 Prozent. Da nimmt die Exekutivbehörde die Verantwortung wahr und zeichnet nebenbei auf, welche Sparmassnahmen welche Auswirkungen und Folgen haben.

Dies erwarten wir inskünftig auch vom Stadtrat.

Sparen und Qualitätssicherung sind kein Widerspruch, dürfen kein Widerspruch sein. Deshalb sollten wir heute die Chance packen und für die Urnenabstimmung vom 11. Juli 2010 ein wirkliches und echtes Sparpaket schnüren. Ansonsten finden wir uns in einem Jahr im Städteranking wirklich als Schlusslicht wieder.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ein Wort zum Bericht der FGK. Glücklicherweise ist der Absender gleich oben auf Seite 1 aufgeführt. Sonst könnte doch der Eindruck aufkommen, der ausführliche Bericht sei von der PR-Abteilung des Stadtrats verfasst worden. Verständnis zeigt der Bericht jedenfalls nur für den Stadtrat und für die FGK selber, nicht aber für eine Mehrheit des abstimmenden Volkes und für die Mahner vor einer ausufernden Finanzpolitik. Einiges nimmt man in diesem Bericht mit Erstaunen zur Kenntnis.

Erstaunlich ist erstens, dass es Ende November nicht möglich sein soll, ein einigermaßen exaktes Budget vorzulegen und dass es danach nicht möglich sein soll, bis Anfang März Zusatzinformationen zu liefern, die eine Annahme des Budgets eher rechtfertigen könnten. Dass der tiefrohe Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres erst einige Tage nach der Budgetabstimmung nachgeliefert wird, zeigt das finanzpolitische Transparenzproblem, das dieser Stadtrat zunehmend hat.

Erstaunlich ist zweitens, dass die FGK noch immer nicht zu wissen glaubt, warum die erste Budgetvorlage abgelehnt wurde. Dann müsste man halt einige der 1608 Bürgerinnen und Bürger fragen, die nein gestimmt haben, oder auch jene 143, die leer oder ungültig eingelegt haben. Darum kann es auch nicht mehr erstaunen, dass die FGK meint, jetzt sei das Budget-Ziel erreicht. Das ist es überhaupt nicht!

Und erstaunlich ist drittens die Aussage, dass weitere Einsparungen die positive Entwicklung Arbons stören könnten. Im Gegenteil: Nur wer finanziell fit ist, kann sich grosse Würfe wirklich leisten und auch eine wirtschaftlich düstere Zeit besser überstehen. Das liesse sich aus der Wirtschaft lernen und wir haben ja doch einige Wirtschaftsvertreter unter uns. Viel lieber heute sparen und sich fit trimmen, als in zwei Jahren Notmassnahmen wie drastische Steuererhöhungen ergreifen. Dass diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigen Randbemerkungen der FGK wie früher schon des Finanzministers: Baldige Steuererhöhungen sind keineswegs ausgeschlossen. Ich darf sie auch daran erinnern, dass der Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2013 Defizite von 6 Mio. Franken vorsieht, das entspricht mehr als über 30 Steuerprozent. Und ich darf sie daran erinnern, Stadtrat Patrick Hug, dass die kantonale Steuergesetzesrevision schon nächstes Jahr auch für Arbon spürbare Ausfälle bringen wird. Ich wüsste vom Finanzvorsteher gerne, wie er diese Löcher füllen will!

Weil Einsparungen möglich und nötig sind, wird die SVP, wie angekündigt, in der materiellen Beratung zwei Anträge stellen, die immerhin noch eine Budgetverbesserung von einer Viertelmillion Franken bringen.

Ein erster Antrag betrifft den Verwaltungsbereich. Wer behauptet, hier lägen massvolle lineare Abstriche nicht drin, schätzt den Willen und die Kreativität des Personals sehr gering ein. Hat der Stadtrat sein Personal je gefragt, wo es noch sparen würde?

Im Bereich „Öffentliche Sozialhilfe“ verlangen wir eine generelle Kürzung um 3 Prozent. Dies, nachdem wir festgestellt haben, dass die Arboner Sozialhilfe bei den Kosten pro Einwohner deutlich über allen andern vergleichbaren Gemeinden liegt. Ich zeige Ihnen dies vorerst nur am Personal auf:

Weinfelden bewältigt seine Sozialaufgaben mit 600 Stellenprozenten, Amriswil mit 800 und Romanshorn mit 900. In Arbon zählt die Sozialhilfe aber 1800 Stellenprozente, dreimal so viel wie in Weinfelden und doppelt so viele wie in Romanshorn. Hauptgrund: Eine beispiellose und kostspielige Aktionitis, weit entfernt vom gesetzlichen Auftrag. Hier gilt es ein klares politisches Zeichen zu setzen. Unser Sozialamt funktioniert heute wie unser Gesundheitswesen: Je mehr Personal, umso mehr Sozialaufgaben und umso höhere Kosten. Wo sich ein Spitaldirektor (oder eben ein Sozialamtsleiter) derart gerne mit neuen Angeboten profiliert und von der Politik nicht daran gehindert wird, müssen die Kosten aus dem Ruder laufen!

Damit wir uns richtig verstehen: Auch die SVP-Fraktion will dem Budget im zweiten Anlauf zum Durchbruch verhelfen. Doch das kann nur gelingen, wenn wir den Volkswillen ernst nehmen. Wir sind überzeugt davon, dass auch im zweiten Budget noch einige Luft enthalten ist. Wir sollten darum noch mehr sparen! Und wir erwarten dies auch schon beim nächsten Budget.

Im Sinne eines politischen Kompromisses sagen wir jetzt aber Ja zu einem Budget, in dem wenigstens noch eine Viertelmillion Franken gespart wird. Wir hoffen auf Ihren Beitrag zu diesem Kompromiss, damit Arbon nach dem 11. Juli nicht vor einem budgetpolitischen Scherbenhaufen steht.

Glück annehmen ist sicher nicht verboten, Kollege Roman Buff. Doch ist Sparen verboten? Wir sollten jetzt das politische Unglück nicht provozieren!

Vize-Stadtmann Patrick Hug: Ich danke den Sprechenden der einzelnen Fraktionen und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) für die Bemerkungen und die grossmehrheitlich positive Aufnahme des revidierten Budgets 2010 der Stadt Arbon.

Erlauben Sie mir eingangs eine grundsätzliche Bemerkung: Die Gemeindeordnung verlangt, dass das Budget sowohl durch das Parlament wie auch durch die Stimmbürgerschaft an der Urne genehmigt wird. Damit der Budgetprozess fristgerecht eingehalten werden kann, erarbeitet der Stadtrat jeweils kurz nach den Sommerferien den Voranschlag für das kommende Jahr. Dieser frühe Zeitpunkt hat zur Folge, dass jeweils zahlreiche, budgetrelevante Positionen nur aufgrund von Annahmen und Prognosen eingesetzt werden müssen. Nach dem Budget-Nein vom 7. März 2010 hat der Stadtrat den Voranschlag 2010 aufgrund der neusten Daten und Beschlüsse überarbeitet. Nachdem die ersten Monate des Jahres 2010 bereits der Vergangenheit angehören, können nun sämtliche Positionen exakter und verlässlicher budgetiert werden. Das Defizit konnte um rund 1,2 Mio. Franken reduziert werden und im Finanzplan, Andrea Vonlanthen, konnten die Defizite um rund 1 Mio. Franken pro Jahr gesenkt werden.

Die grösste Korrektur, im Vergleich zum ursprünglichen Voranschlag 2010, kann bei der Zahlung aus dem kantonalen Finanzausgleich vorgenommen werden. Einerseits ist die durchschnittliche Steuerkraft in Arbon (ausgelöst durch Mindereinnahmen bei den juristischen Personen) stärker gesunken als angenommen, andererseits hat die durchschnittliche Steuerkraft im gesamten Kanton Thurgau zugenommen. Dies führt dazu,

dass in diesem Jahr mit einer Zahlung aus dem kantonalen Finanzausgleich (so genannter Ressourcenausgleich) von 1,1 Mio. Franken gerechnet werden kann. Im Jahr 2009 betrug die Ausgleichszahlung nur Fr. 437'000.—. Amriswil beispielsweise erhielt 3 Mio. Franken mehr, nämlich 3,4 Mio. Franken; Max Gimmel hat es erwähnt.

Aufgrund von ersten Hochrechnungen 2010 hat der Stadtrat die Einnahmen bei den natürlichen Personen optimistischer budgetiert als noch im letzten Sommer und die Steuereinnahmen um Fr. 300'000.— erhöht, und der Trend ist weiter sehr positiv; ich habe den Stadtrat heute darüber informiert. Bei den juristischen Personen hingegen muss davon ausgegangen werden, dass die ursprünglich budgetierten Werte nicht übertroffen werden. Eine Ausnahme bildet die Position Ertrags- und Kapitalsteuern Vorjahre bei den juristischen Personen. Hier wird Ihnen der Stadtrat in der Detailberatung beantragen, diese Position um Fr. 150'000.— auf Fr. 350'000.— zu erhöhen.

Es wurde nun Kritik laut, das bessere Ergebnis des revidierten Budgets 2010 sei praktisch ausschliesslich auf Mehrerträge auf der Einnahmenseite zurückzuführen. Es sei nicht wirklich gespart worden, wie Elisabeth Tobler und Konrad Brühwiler betonten. Dazu zwei Bemerkungen:

1. Der Stadtrat hat durchaus auf der Ausgabenseite Einsparungen vorgenommen. So wurden die Nettoinvestitionen deutlich von 7,2 Mio. Franken auf 3,8 Mio. Franken reduziert, also praktisch halbiert, indem einzelne Projekte nun gestaffelt ausgeführt werden. Gegenüber der Rechnung 2009 wurden bei den Positionen 3140, 3141 und 3150 insgesamt Fr. 117'000.— eingespart. Andererseits stieg aber beispielsweise der Nettoaufwand bei der Öffentlichen Sozialhilfe aufgrund der angespannten Wirtschaftslage um über Fr. 160'000.— an.

2. Ich hoffe, dass man sich für zusätzliche Einnahmen nicht auch noch entschuldigen muss. Es soll doch erlaubt sein, dass man sich darüber ganz einfach freut! Und dies ist nicht nur dem Glück zuzuschreiben, wie heute im Parlament zu hören war. Die Steuermehreinnahmen bei den natürlichen Personen beispielsweise sind auf die steigende Bevölkerungszahl zurückzuführen und damit das Ergebnis von guten Rahmenbedingungen in der Stadt Arbon, welche Stadtrat und Stadtparlament in den letzten Jahren gemeinsam geschaffen haben.

Und nun noch konkret zu den zwei Hauptanträgen der SVP, wie sie heute bereits im Tagblatt nachzulesen waren und wie sie Konrad Brühwiler und Andrea Vonlanthen angekündigt haben:

1. Diverse Budgetpositionen zum Bürobedarf, zu Drucksachen, baulichem Unterhalt, Unterhalt von Mobilien usw. seien generell um 10 Prozent zu kürzen: Eine derartige Aktion wäre höchstens im Sinne einer politisch-taktischen Massnahme akzeptabel, als Zeichen des guten Willens des Stadtrates. Als Sparmassnahme ist allerdings eine lineare Kürzung nicht tauglich. Gerade beim Unterhalt, wo die grössten Beträge zu verzeichnen sind, können Reparaturen oder andere Unterhaltsarbeiten oft nicht aufgeschoben werden, sondern sind umgehend auszuführen. Die Folge solcher linearen Kürzungen wären diverse Budgetüberschreitungen.

Die Kosten der öffentlichen Sozialhilfe seien generell um 3 Prozent zu kürzen: Auch diese generelle Kürzung taugt nicht zur Problemlösung. Arbon hat mit Netto-Fürsorgeleistungen von rund Fr. 150.— pro Einwohner einen hohen Wert. Unsere Stadt hat aber mit 6 Prozent auch die höchste Arbeitslosenquote im Kanton. Mit derartigen Streichübungen auf der Aufwandseite können wir die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Wir gehen davon aus, dass die Wirtschaftslage, bezogen auf die Situation der Beschäftigten im laufenden Jahr 2010, angespannt bleiben wird. Das budgetierte Defizit für das Jahr 2010 ist aus Sicht des Stadtrates verantwortlich, da in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Steuereinnahmen gerechnet werden darf; vor allem wegen der Bevölkerungszunahme, die aufgrund der enormen Bautätigkeit auf dem Platz Arbon eintreten wird.

Zu Einzelfragen werden die ressortzuständigen Stadtratsmitglieder in der Detailberatung Stellung nehmen. Bei der Investitionsrechnung steht Stadtmann Martin Klöti für erläuternde Bemerkungen zur Verfügung.

Max Gimmel, FDP/DKL: Erlauben sie mir noch eine Bemerkung zum Votum von Andrea Vonlanthen. Er sagt, dass wir ein Defizit von etwa 6 Mio. Franken zu erwarten haben in den nächsten Jahren und vergleicht das mit einem Umfang von 30 Steuerprozenten. Ich habe ihnen gesagt, dass wir in den letzten Jahren seit 2000 23 Mio. Franken gespart haben, das wären dann etwa 400 Steuerprozent oder noch mehr. Ich glaube dieser Vergleich geht so einfach nicht und davon müssen wir Abstand nehmen in Zukunft. Wir können diese Defizite nicht so in Steuerprozent umwandeln, das geht nicht.

Detailberatung:

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1. Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.

2. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den Sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.

3. Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.

4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

10 Allg. Verwaltung:

Konrad Brühwiler, SVP: Ich möchte beantragen, dass ich diese 4 Anträge, die sich ja über verschiedene Ressorts hinwegziehen, dass ich diese Positionen an den Anfang stelle und mich dann anschliessend nicht mehr melden werde. Ich werde alle 4 Anträge zusammenfassen. Es sind aber 4 einzelne Anträge:

Antrag Nr. 1:

Insgesamt 31 Pos. mit dem Gesamtbetrag von Fr. 241'000.-

Budgetpositionen xxxx.3100 / xxxx.3101 / xxxx.3102

(Bürobedarf, Inserate, Drucksachen, Druck Reglemente etc.)

Kürzung dieser Positionen um generell 10%

Ersparnis:

Fr. 24'100.—

Antrag Nr. 2:

Insgesamt 34 Pos. mit dem Gesamtbetrag von Fr. 757'500.-

Budgetpositionen xxxx.3140

(Baulicher Unterhalt)

Kürzung dieser Positionen, ausgenommen 1711.3140 Kanalisation, das ist uns allen klar, dass muss erledigt werden, da können wir nichts aufschieben, da kann nicht gespart werden, das kommt wenn es sein muss.

Kürzung dieser Positionen um generell 10%

Ersparnis:

Fr. 75'750.—

Antrag Nr. 3:

Insgesamt 6 Pos. mit Gesamtbetrag von Fr. 148'000.-

Budgetposition xxxx.3141

(Baulicher Unterhalt, konkrete Objekte wie Stadthaus etc.)

Kürzung dieser Positionen um generell 10%

Ersparnis:

Fr. 14'800.—

Antrag Nr. 4:

Insgesamt 37 Pos. mit dem Gesamtbetrag von Fr. 490'000.-

Budgetpositionen xxxx.3150

(Unterhalt Mobilien, übriger Unterhalt)

Kürzung dieser Position um generell 10%

Ersparnis:

Fr. 49'000.—

Gesamtersparnis

Fr. 163'650.—

Begründung dieser Überlegungen:

- Der Stimmbürger erwartet von Stadtrat, Parlament und FGK Sparvorschläge.

- Alle diese Pos. sind sehr allgemein gehalten – auf- oder abgerundet.

- Fr. 163'650.- sind vielleicht nur ein Tropfen auf den heissen Stein, sind aber doch ein Signal für Sparsamkeit innerhalb der Verwaltung.

- Mit der generellen Kürzung würde ein Break geschaffen und der neue Budgetprozess, der ja für 2011 bereits in wenigen Wochen beginnt, würde auf einem tieferen Niveau neu beginnen. Deshalb bitte ich sie, diesen vier Anträgen zuzustimmen.

Werner Keller, FDP/DKL: Wir von der FDP/DKL-Fraktion sind gegen den Antrag von Konrad Brühwiler und dies mit folgender Begründung: Mit diesen Kürzungsanträgen treffen wir vor allem das Arboner Gewerbe, vom Architekten bis zum Handwerker mit kleinen und mittleren Aufträgen. Bei diesen Positionen werden gegenüber der Rechnung Kürzungen von ca. Fr. 240'000.— wie im FGK-Bericht vorliegt, korrigiert. Diese negativen Erfahrungen, dass notwendiger Unterhalt aufgeschoben wird, haben wir vor einigen Jahren in Arbon gemacht. Den gleichen Fehler wiederholen, das dürfen wir vom Parlament nicht unterstützen. Zudem würden diese Kürzungen vor allem auch wieder das Arboner Gewerbe treffen. Wollen wir dem Arboner Gewerbe diese Kürzung zumuten, wollen die Arbonerinnen und Arboner hier ein Zeichen setzen? Hier zur Erinnerung: Das sind genau diese Firmen, die bei jeder Gelegenheit und in vielen Vereinen und Organisationen um Sponsoren- oder sonstige Unterstützungsbeiträge angefragt werden. Uns ist es durchaus bewusst, es geht hier für die Stadt wie das Gewerbe um viel Geld, wir setzen uns aber trotzdem für das Arboner Gewerbe ein und bitten nochmals um Ablehnung vom Antrag Konrad Brühwiler, SVP.

Rita Anderes, CVP/EVP: Wir von der CVP/EVP-Fraktion möchten eine Änderung. Die SVP-Anträge die Konrad Brühwiler vorher erwähnt hat, Antrag 2, Position 2 3140, Antrag 3 Position 3141 und Antrag 4, Position 3150, für diese drei Anträge beantragen wir eine generelle Kürzung um 5 Prozent, also nur ein halber Tropfen auf den heißen Stein. Wir möchten aber doch den Sparwillen ganz klar darlegen. Wir möchten nicht das Gewerbe beeinträchtigen, die haben wirklich ganz viele andere Chancen, auch weiterhin aktiv zu sein. Es ist noch zu beachten, dass das Budget 2010 gegenüber der Rechnung schon um Fr. 115'000.— gekürzt wurde. Darum ist die Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion für diese verantwortbare 5-prozentige Reduktion. Ich bitte sie, diesem Antrag zuzustimmen

Andrea Vonlanthen, SVP: Es geht nöö, das hören wir wahrscheinlich den ganzen Abend, auch von Werner Keller unter anderem mit der Begründung, das Gewerbe könnte leiden. Ich frage mich, was dem Gewerbe mehr Bauchweh machen könnte, wenn es hier allenfalls einige wenige tausend Franken verlieren würde, oder falls es nächstes Jahr 10 Prozent mehr Steuern, übernächstes Jahr allenfalls 12 Prozent mehr bezahlen müsste, was dem Gewerbe weniger dienlich wäre. Ich bestehe darauf, Max Gimmel, im Finanzplan heisst es, dass in den nächsten drei Jahren wir ein Defizit von 6 Mio. Franken einfahren und das entspricht nun einmal gut 30 Steuerprozenten. Das kann man auch an einem so schönen Mikrophon nicht aus der Welt reden. Uns erwarten hohe Steuererhöhungen, wenn wir jetzt nicht bereit sind, dieses Budget massiv zu kürzen. Ist es dem Gewerbe auch mehr gedient, Werner Keller, wenn wir uns in Zukunft gewisse Investitionen nicht mehr leisten können, weil eben das Geld fehlt? Ich denke, da müssen wir die Waage ansetzen. Kürzen wir um ein paar tausend Franken und zwar 10 Prozent. 5 Prozent ist natürlich ein billiger Alibitrick der CVP, das aber bringt wirklich gar nichts. Ich frage den Stadtrat, was ich schon vorhin angetönt habe. Haben sie das Personal einmal gefragt, ob 10 Prozente kürzbar wären oder nicht. Die Antwort würde uns interessieren.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Um was geht es hier eigentlich? Geht es ums Sparen oder geht es jetzt einfach um Scheinlösungen, um Populismus? Mir scheint das Zweite richtig zu sein. Gerade auch dieser Antrag jetzt von der CVP/EVP über 5 Prozent. Was bringt das jetzt wirklich, das bringt ja eigentlich fast nichts. Man will einfach jetzt den Leuten so ein bisschen zeigen, ja schaut, wir sparen. Aber es ist doch nicht so. Wenn wir jetzt bei den Ausgaben für Büro sparen, Papier zum Beispiel, solche Sachen, wir werden dann einfach auf die Welt kommen, wenn die Rechnung da ist. Es braucht gewisse Infrastrukturen, es braucht gewisse Materialien. Ich glaube, nein ich bin sicher, dass jetzt der Stadtrat mit der ersten Ablehnung des Budgets und dass auch die Verwaltung jetzt wirklich so einen Gong bekommen hat, sage ich mal so, und das das jetzt auch über gekommen ist, dass gespart werden muss. Ich bin überzeugt, dass man gewillt ist, den Gürtel enger zu schnallen, dort wo es auch realistisch und möglich ist. Jetzt so mit dem Rasenmäher 10 Prozent, 5 Prozent, das ist einfach Unsinn. Es ist eine Scheinlösung und ich bin gegen solchen Populismus, es ist nicht geradlinig politisiert. Gradlinig politisiert ist meiner Meinung nach, wenn wir schauen, was wird gebraucht, was ist nötig, was macht Sinn zum Sparen. Es macht sicher Sinn, wenn wir tatsächlich, wie das jetzt, so da doch relativ schwarz gemalt wurde, in ein hohes Defizit reinlaufen würden, dann müssten Massnahmen getroffen werden, so wie der Stadtrat jetzt auch reagiert hat, nämlich, dass Projekte verschoben werden müssen, dass irgendwelche Sachen, die einschenken, zurückgestellt werden müssen, oder in die Zukunft verschoben werden müssen. Wenn es wirtschaftlich wirklich nicht aufwärts geht, wie wir eigentlich doch erwarten dürfen. Sparen auf Kosten der Sozialempfänger und -Empfängerinnen ist eine billige Sache und ein billiges Sparen. Erstens gibt es da ja Aufträge und man kann nicht einfach kürzen und sparen. Zweitens frage ich sie jetzt, die 10 oder 5 Prozent kürzen wollen, was ist wichtiger? Sind es die Menschen, die in Arbon leben, ist das wichtig? Sind die Vereine wichtig? Ist die Integration wichtig, ist die Kultur wichtig für das Leben in Arbon, oder ist das nicht wichtig? Kann man da einfach abstreichen und mit dem Schlagwort „sparen“ die Leute

gewinnen, ohne ihnen aber ganz konkret zu sagen, dass sie die Leitragenden sein werden, dass sie keine Unterstützungen mehr erhalten werden für ihre Aktivitäten zum Beispiel, dass sie dann das gesellschaftliche Leben in Arbon sehr schädigen würden. Dass das auch Schaden wäre, es wurde schon gesagt, für Wirtschaft und das Gewerbe, und ich habe hier an dieser Stelle schon mal gehört, antizyklisches Verhalten sei wichtig. Ich denke, jetzt solche Scheinübungen durchzuführen ist absolut fehl am Platz und tatsächlich eine Verschaukelung des Volkes.

Stadtmann Martin Klöti: Ich möchte kurz die Antwort geben an Andra Vonlanthen und auch an Konrad Brühwiler. Es bezieht sich auf den Vorschlag und Antrag Nummer 1, diese 10 Prozent Kürzung dieser Positionen im Bereich Inserate und Drucksachen. Ich möchte nur an diesem Beispiel zeigen, wie sinnlos die ganze Übung eigentlich ist. Wir haben bereits vor dem ersten Budget, vor dieser Vorlage diese 10 Prozent hinter uns gebracht. Wir haben nämlich alle Budgetblätter zurückgegeben in die Abteilungen mit dem Ziel, und der Stadtrat hatte seinen Ergeiz, 1 Mio. Franken herunterzufahren, zu sagen; Leute, jede Position wird noch einmal abgeklopft. Was das gebracht hat, hat uns gezeigt, es ist gar nicht möglich, linear Prozentbeträge hinunterzufahren. Also hat man einige Positionen stärker, andere gar nicht heruntergefahren. Diese Übung hat einiges eingebracht, aber wir haben der FGK auch mitgeteilt, die Zitrone ist dort ausgepresst. Ich zeige ihnen nur im Beispiel, wenn diese Fr. 24'100.— herauspringen sollten, dann sind 1/3 davon bereits, dass wir das Budget zwei mal auflegen und verschicken müssen, durch Porto und Druck, das ist nur schon durch die zweite Auflage des Budgets ein Drittel dieses Betrags und den können wir vielleicht doch nicht rausstreichen, sonst müssten wir die ganzen Budgetunterlagen per E-Mail verschicken, dürfen wir nicht. Wir sind noch nicht bei E-Government angelangt. Wir müssen physisch dieses Budget nochmals drucken, die Vorlage schicken per Post, die verdient an uns, und das sind Kosten, die hier zu Buche schlagen. Von daher ist es einfach ganz undenkbar, dass man 10 Prozent generell herunterfährt. Einige Positionen kann man bestimmt abklopfen, andere ganz bestimmt nicht. Wir haben unsere Mitarbeitenden bereits befragt.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, gehen wir wie folgt vor. Wir haben 4 Anträge der SVP, wovon 3 Anträge einen Unterantrag der CVP/EVP.

Der 1. Antrag der SVP lautet: Kürzung der Budgetpositionen xxxx3100/ xxxx3101/ xxxx3102 (Bürobedarf, Inserate, Drucksachen, Druck, Reglement etc.) um generell 10 Prozent im Betrag von Fr. 24'100.—

://: Der Antrag von Konrad Brühwiler. SVP wird mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Der 2. Antrag der SVP und der 1. Antrag der CVP. Wir haben hier zwei Unteranträge, die wir zuerst gegeneinander abstimmen lassen.

Der Antrag der SVP lautet: Kürzungen der Budgetpositionen xxxx.3140 (Baulicher Unterhalt), ausgenommen 1711.3410 Kanalisation, um generell 10 Prozent, im Betrag von Fr. 75'750.—.

Dem gegenüber stellen wir den 1. Antrag der CVP/EVP, der lautet: Kürzung der Budgetposition xxxx.3140 (Baulicher Unterhalt), ausgenommen 1711.3410 Kanalisation, um generell 5 Prozent, im Betrag von Fr. 37'875.—.

://: Der Antrag der CVP gegenüber dem Antrag der SVP wird mit 6 zu 6 Stimmen bei 13 Enthaltungen und Stichentscheid der Präsidentin angenommen.

(Gemäss Reglement Art. 50 Abs.2: Ergibt sich bei offenen Abstimmungen Stimmengleichheit, gilt jener Antrag als angenommen, für den das Präsidium gestimmt hat. Bei vorheriger Stimmenthaltung fällt es den Stichentscheid.)

://: Der Antrag des Stadtrats (überarbeiteter Voranschlag 2010) wird mit 14 zu 11 Stimmen angenommen.

Der 3. Antrag der SVP und der 2. Antrag der CVP. Wir haben hier zwei Unteranträge die wir zuerst gegeneinander abstimmen lassen.

Der 3. Antrag der SVP lautet: Kürzung der sechs Budgetpositionen Nr. xxxx.3141 (Baulicher Unterhalt, konkrete Objekte) um generell 10 Prozent, im Betrag von Fr. 14'800.—.

Demgegenüber stellen wir den 2. Antrag der CVP/EVP, der lautet: Kürzung der sechs Budgetpositionen xxxx.3141 Baulicher Unterhalt, konkrete Objekte) um generell 5 Prozent, im Betrag von Fr. 7'400.—.

://: Der Antrag der CVP obsiegt mit 8 zu 6 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

://: Der Antrag des Stadtrats (überarbeiteter Voranschlag 2010) wird mit 14 zu 11 Stimmen angenommen.

Der 4. Antrag der SVP und der 3. Antrag der CVP. Wir haben hier zwei Unteranträge, die wir zuerst gegeneinander abstimmen lassen.

Der Antrag 4 der SVP lautet: Kürzung der Budgetpositionen xxxx.3150 (Unterhalt Mobilien, übriger Unterhalt) um generell 10 Prozent, im Betrag von Fr. 49'000.—.

Demgegenüber stellen wir den 3. Antrag der CVP/EVP der lautet: Kürzung der Budgetpositionen xxxx.3150 (Unterhalt Mobilien, übriger Unterhalt) um generell 5 Prozent, im Betrag von Fr. 24'500.—.

://: Der Antrag der CVP obsiegt mit 8 zu 6 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

://: Der Antrag des Stadtrats (überarbeiteter Voranschlag 2010) wird mit 14 zu 11 Stimmen angenommen.

1030

Max Gimmel FDP/DKL: Leistung für Pensionierte: Jährlich gibt die Stadt Fr 340'000.— bis Fr. 360'000.— aus für den Teuerungsausgleich bei den Rentenbezügern. Die Stadt zahlt einerseits etwa Fr. 700'000.— als Arbeitgeberbeitrag in die Pensionskasse und rund die Hälfte zahlt sie zusätzlich nochmals für den Teuerungsausgleich. Meiner Meinung nach ist damit die Parität, die eigentlich einer BVG zugrunde liegt, überhaupt nicht mehr gewährleistet und die Stadt als Arbeitgeberin zahlt einen wesentlich höheren Anteil als die Arbeitnehmerseite. Ich weiss, das ist eine heilige Kuh, und der Pensionskasse der Stadt sind zusätzlich noch Schule, Energie Arbon, Kläranlage und andere Körperschaften angeschlossen. Es ist aber meines Wissens in der Industrie und im Gewerbe, vor allem bei Sammelstiftungen, überhaupt nicht üblich, dass der Teuerungsausgleich an Rentenbezüger allein zu Lasten des Arbeitsgebers fällt. Wenn nicht bei einer paritätischen Lösung so doch bei einer paritätischeren Lösung könnte die Stadt gut und gerne Fr. 100'000.— einsparen. Im Artikel 518 des Pensionskassenreglements heisst es zu den Teuerungszulagen an Rentenbezüger: „Die Arbeitgeber sorgen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die angemessene Anpassung der Kassenrente an die Preisentwicklung, sie befinden darüber jährlich.“ Wir wissen ja, die finanziellen Möglichkeiten sind je nach Betrachtungsweise schier unbegrenzt. Deshalb wäre eine Überarbeitung des Pensionskassenreglements durchaus eine Option, die Last der Stadt ein wenig zu verteilen. Der Budgetposten hier kann so nicht angetastet werden und er wird von der entsprechenden Kommission bestimmt. Erwähnenswert finde ich die Zahl Fr. 340'000.— Fr. bis 360.000.— trotzdem. Es ist keine Selbstverständlichkeit und sollte bei einer nächsten Revision des Personalreglements einmal ins Auge gefasst werden.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler:

11 Öffentliche Sicherheit

13 Kultur und Freizeit

Silke Sutter Heer, FGK: Pos. 1300.36504 Beitrag an Sinfonisches Orchester: Die FGK hat eine Erhöhung um Fr. 5'000.— diskutiert - wir haben das letztes Mal beschlossen hier im Parlament - lehnt diesen Antrag aber mehrheitlich ab, bzw. hat sich mehrheitlich dafür entschieden, dass dieser Antrag nicht aus der FGK gestellt wird. Die Mehrheit der FGK möchte aber nächstes Jahr noch einmal auf diesen Erhöhungsbeitrag zurückkommen, weil ihr bewusst ist, dass damit auch Kantonsbeiträge im gleichen Umfang und damit auch Fr. 5'000.— wegfallen.

Riquet Heller, FDP/DKL: Antrag Konto 1300.36504 Beitrag Sinfonisches Orchester: Ich habe diesbezüglich auch keine guten Nachrichten. Eigentlich stimmt, was meine Vorrednerin gesagt hat, nur habe ich erfahren, dass das a) eine Dreijahresregelung ist, demzufolge hat sich der Kanton verpflichtet einen Betrag von Fr. 25'000.— während drei Jahren zu bezahlen und die Erwartung, dass die Stadt gleich zöge. Nur als Erwägung in den entsprechenden Verträgen, nicht aber als Bedingung aufgeführt. Das hat zur Folge, dass allenfalls das Sinfonische Orchester gleichwohl mit Fr. 25'000.— des Kantons rechnen kann. Allerdings ist es sehr unfair, dass die Stadt Arbon diesbezüglich nicht mithält. Die guten Aussichten, die meine Vorrednerin gehabt hat, die habe ich nicht. Nächstes Jahr werden wir dieselbe Sparanstrengung machen, und ich denke unser Sinfonisches Orchester wird dann wiederum wahrscheinlich Leidtragende sein. Deshalb stelle ich jetzt schon den Antrag, dass sie bitte die Fr 25'000.— für das Sinfonische Orchester belassen möchten aus Solidarität zu dem Kanton, was wir ihm versprochen haben und in Erwägungen soll gelten. Kommt noch hinzu, dass ich keine Aussichten sehe für die nächsten drei Jahre. Allenfalls kommt der Kanton noch auf die Idee, tatsächlich zu

kürzen und nur noch Fr. 20'000.— zu bezahlen. Ich stelle fest, wir haben ein Sinfonisches Orchester, das spielt in einer sehr hohen Liga.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Der Antrag von Riquet Heller lautet: Beim Konto 1300.6504 hier, sei eine Aufstockung um Fr. 5'000.— zu tätigen.

://: Der Antrag von Riquet Heller, FDP/DKL wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Silke Sutter Heer, FGK: Pos. 1330.3180 die Uferanlagen und Pos. 1330.3181 Übrige Anlagen: Hier beantragt ihnen die FGK jeweils Fr. 20'000.— zu kürzen, insgesamt Fr. 40'000.—. Es geht hier um die Einsätze des Docks, die sollen auf nächstes Jahr verschoben werden. Diese Einsätze wurden bereits auf den 1. August verschoben, waren also früher vorgesehen. Die FGK möchte aber auch darauf hinweisen, dass der fehlende Einsatz negative Auswirkungen auf die Sauberkeit der Uferanlagen haben wird, das ist uns bewusst. Es wäre zudem aber auch zu begrüssen, wenn dieser künftig gar nicht notwendig wäre, weil die Personen, welche den Unrat einfach liegen lassen, für dessen Entsorgung sich wieder selber kümmern würden. Das ist aus Sicht der FGK, das haben wir lange diskutiert, ein falsches Zeichen. Heute ist einfach immer jemand da, der den anderen den Dreck hinterher wegräumt, und an und für sich muss hier ein Umdenken stattfinden, damit wir diese teuren Kosten in Zukunft auch nicht mehr tragen müssen.

Max Gimmel FDP/DKL: Die Parkanlagen kosten uns Fr 831'000.—. Kaum eine andere Gemeinde hat ein derart langes, öffentlich zugängiges Seeufer zu bewirtschaften wie Arbon. Das vergangene Pfingstwochenende hat tausende Besucher nach Arbon gelockt, ohne dass eine Veranstaltung zusätzlich noch eingeladen hätte. Allein die Grosszügigkeit der Anlagen ist beispiellos, aber der Aufwand für die Instandhaltung ist immens. Ein Litteringkonzept ist bei diesem Ansturm fast aussichtslos. Die Abfalleimer überquellen schon bereits anfangs Nachmittag. Eine Einsparung in dieser Position ist praktisch nur möglich über die Dosierung von zusätzlichen Veranstaltungen. Jede Veranstaltung verursacht einen Mehraufwand. Wir haben bereits zwei Mega-Events. Es könnte auch ein Ziel sein, diese zu pflegen, allenfalls alternierend zu veranstalten, ohne noch zusätzliche Veranstaltungen zu holen. Hier gilt es auch in Zukunft zu vermitteln, dass öffentliche Anlagen nicht generell öffentlich genutzt werden können für Veranstaltungen. Unserer Ansicht nach muss es in Zukunft möglich sein, ein Reglement zu verfassen, das die Veranstaltungen in ihrer Art und Weise ein bisschen regelt und so einen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten kann.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich äussere mich zu den Positionen der FGK, zweimal Fr. 20'000.— zu reduzieren. Der Stadtrat kann sich dem anschliessen. Wir sind nochmals über die Bücher. Wir können frühestens 1. 8. 2010 starten, dann sind die Quaianlagen sowieso nicht mehr so frequentiert. Wir werden schauen, wie wir eine Alternativlösung bringen können, so wie es Max Gimmel auch angesprochen hat.

Präsidentin Claudia Zürcher: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, ist der Antrag der FGK angenommen.

14 Gesundheit

15 Soziale Wohlfahrt

Andrea Vonlanthen SVP: Position 1581 Öffentliche Sozialhilfe: Antrag generell um Kürzung von 3%, was doch zu einer Einsparung von Fr. 84'863.— führen könnte.

Drei Gründe:

1. Zu hohe Kosten: Öffentliche Sozialhilfe in Arbon kostet viel mehr als anderswo. Ich nenne die Zahlen schön langsam, damit sie mitgeschrieben werden können.

Vergleiche:

Öffentliche Sozialhilfe, Nettoaufwendungen pro Einwohner:

Romanshorn	102.01	
Amriswil	133.74	
Kreuzlingen	153.02	(Amtschef stammt aus Arbon – ein Viertel weniger)
Arbon	201.12	

Doppelt so viel wie Romanshorn, ein Viertel mehr als Kreuzlingen. Erstaunlich, dass solche Zahlen in keinem Jahresbericht erscheinen, dass hier keine Transparenz geübt wird. Das sind Zahlen, die das Sozialamt Arbon auch kennt. Sie stammen aus einer offiziellen Statistik.

Allein Fürsorgeleistungen pro Einwohner:

Romanshorn 48.23

Amriswil 90.19

Kreuzlingen 100.54

Arbon 152.05, also viermal so viel wie Romanshorn und annähernd doppelt so viel wie Amriswil.

Fazit: die Sozialhilfe hat im Vergleich aller grösseren Gemeinden im Kanton am meisten Mitarbeiter, sie hat die höchsten Löhne, sie hat am meisten Projekte und Aktionen und sie hat dadurch die höchsten Kosten. Würden in der Arboner Verwaltung wie anderswo 42 Stunden pro Woche gearbeitet, sie kennen die Diskussion aus dem Personalreglement, die haben wir ja intensiv geführt, in Arbon wird 1 Stunde weniger lang gearbeitet als in anderen Verwaltungen, würde in Arbon gleichlang gearbeitet, könnte die Sozialhilfe immerhin schon 1,5 Stellen einsparen.

Fazit: Arbon führt eine Praxis, die zum Anziehungspunkt für Sozialfälle werden muss.

2. Drei Prozent tun niemandem weh, aber sind endlich ein politisches Zeichen. Diese Grosszügigkeit und Aktionitis nehmen wir nicht mehr hin. Ich nenne ihnen nur vier Beispiele:

Erste Graffiti-Schule der Schweiz, hurra, damit können wir uns wirklich brüsten, oder kostspielige Quartierbefragungen, oder höchst kostspielige Homebegleitungen, oder umfassendes, kostspieliges Arbeitspapier „Internet-Mobbing“. Es gäbe andere problematische Aktivitäten zu erwähnen.

Warum konzentriert man sich nicht in Arbon auf den gesetzlichen Auftrag! Warum werden hier die Aufgaben nicht dorthin delegiert, wo sie hingehören: In die Schule, in die Kirche, in die Vereine, ans RAV, an die Stiftung Zukunft. Hinter der Arboner Sozialhilfe steckt eine Grundhaltung der Sozialromantik, die andernorts undenkbar wäre.

3. Nehmen wir den Spar-Auftrag des Stimmvolks mindestens jetzt in diesem Bereich noch ernst!

Eine überbordende Sozialhilfe kostet unseren Arboner Steuerzahler effektiv ein Vermögen. Das Einsparungspotenzial bei unserer Sozialhilfe, das liesse sich nachweisen am Beispiel von Vergleichen, beträgt mindestens 25 Prozent! Jetzt geht es um 3 Prozent! Machen wir diesen sehr massvollen Schritt und geben wir damit dem Sozialamt die Chance, selber die nötigen Konsequenzen zu ziehen! Danke für die Unterstützung dieses Antrags.

Konradin Fischer FDP/DKL: Ich habe ja noch das Vergnügen, Schulpräsident der Schulgemeinde in Arbon zu sein. Es ist mir sauer aufgestossen, wenn Andrea Vonlanthen nun Aufgaben, die eindeutig in den Bereich der Stadt gehören, der Schule delegieren will. Wir schlagen uns mit dem Thema Internet-Mobbing intensiv herum. Wir sind mit unserem Betreuungsdienst am Limit. Wir sind angewiesen auf eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialhilfebehörden der Stadt Arbon, so wie sie heute funktioniert. Abgesehen davon ist es Augenwischerei, fallen die Kosten nicht in der Stadt an, fallen sie in der Schule an und am Ende ist es derselbe Steuerzahler. Ich denke diese Beispiele belegen ein Stück weit die Taktik, wie die SVP uns in die Zukunft führen will.

Silke Sutter Heer, FDP DKL: Ich glaube, man muss zwei Sachen auseinander halten und hier wird nun fröhlich alles, vermischt. Ich behaupte: Wider besseres Wissen - Zum einen gibt es eine Position 1500, das beinhaltet alles was soziale Wohlfahrt anbelangt und dann gibt es die Position 1581 und für diese wird diese pauschale Kürzung nun verlangt. In der Position 1581 sind Verwaltungskosten und sogenannte Unterstützungskosten. Rund Fr. 750'000.— entfallen auf die Verwaltungskosten, mehr als 2 Mio. Franken sind Unterstützungskosten. Zu diesen Unterstützungskosten sind wir gesetzlich verpflichtet. Da kommen wir nicht drum herum. Es wird uns heute Sand in die Augen gestreut, schauen sie meine Haarfarbe an, ich bin nicht blond und auch nicht blöd und lass mich hier nicht für dumm verkaufen. Es ist ganz klar, diese sind geschuldet und können nicht nach oben und unten korrigiert werden, je nach Belieben. Es gibt die sogenannten SKOS-Richtlinien. Wer schon einmal die betriebsrechtlichen Beiträge gesehen hat, weiss, dass diese in etwa gleich sind. Diese Leute bekommen also nicht mehr als das Existenzminimum und das ist ihnen zugesichert. Wir leben noch immer in der Schweiz und nicht in irgendeiner Bananenrepublik, wo es uns lieber ist, dass die Leute unter Brücken schlafen, als dass sie das Existenzminimum zum Überleben bekommen. Das sind auch keine Bettler, sondern das sind Leute, die wirklich einen rechtlichen Anspruch darauf haben. Sie bekommen auch keine Geschenke, sie bekommen das, was ihnen minimal zum Leben zusteht. Ich lade alle ein, die hier hin stehen und behaupten, diese Leute bekommen Geschenke, sie sollen einmal versuchen, während einigen Monaten mit diesem Existenzminimum zu existieren und danach reden wir weiter darüber. Es ist wirklich nicht viel.

Noch einmal, es gibt keine Möglichkeiten nach oben oder nach unten, es ist wirklich alles geregelt und damit muss ich sagen, kann es nicht sein, dass wir sagen, mit pauschalen Kürzungen. Abhängig sind die Zahlen von den Fallzahlen. Es mag sein, dass andere Gemeinden in der glücklichen Lage sind, dass sie weniger

Fallzahlen haben. Wir haben vorhin gehört, die Arbeitslosenzahl ist in Arbon nach wie vor, bedauerlicherweise, auf 6 Prozent. Ich habe vorhin gemeint, bei uns sei man sogar bei 8 Prozent, das war aber offenbar falsch. Die Zahlen, die heute im Budget sind, basieren auf den Vorjahreszahlen und den aktuellen Fallzahlen, wie mich heute Hans-Jörg Fenner nochmals informiert hat. Wir müssen uns daher bewusst sein, es kann durchaus sein, dass in der nächsten Rechnung diese Zahl, insbesondere die rund 2 Mio. Franken Unterstützungsbeiträge, tiefer liegt. Das heisst aber nichts anderes, als dass tatsächlich die Fallzahlen bereits im Jahr 2010 zurückgegangen sind und weniger Menschen unterstützt werden mussten. Es kann aber auch anders sein und die letzten zwei Jahre haben uns das gelehrt, es kann sehr schnell zu Veränderungen in die andere Richtung kommen. Es kann also auch sein, dass diese Zahl eine halbe Million höher liegt. Da haben wir aber keine politische Beeinflussung, sondern wir müssen diese Zahlen hinnehmen und können nur versuchen, diese Menschen so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren, andere Lösungen zu finden. Da komme ich zur zweiten Forderung. Wir haben deutlich gelernt in der Vergangenheit 2003/2004, was es bedeutet, wenn gerade in diesem Bereich eine personelle Unterbesetzung vorhanden ist. Das heisst nichts anderes als gerade diese Alternativen können nicht mehr geprüft werden. Es kann nicht mehr abgeklärt werden, ob eine IV-Anmeldung möglich ist, EL-Beiträge werden nicht eingeholt, etc. etc.. Das wirkt sich für uns nicht mit ein paar tausend Franken aus, das haben wir erlebt, das waren ein paar Millionen Franken, die wir jährlich draufgelegt haben, weil einfach zuwenig Leute da waren, die diesen Sachen nachgehen konnten. Das ist mit eine Aufgabe der Sozialdienstmitarbeiter, dass sie schauen, wie bekommen wir Geld wieder herein. Eine Aufgabe in den letzten Jahren, und das ist ihnen hier ebenfalls bestens bekannt, dass man in den letzten Jahren die Leute angeschrieben hat. Sozialdienstleistungen sind keine Leistungen a fonds perdu, sie können wieder eingeholt werden, es wurden die Leute angeschrieben. Sie wurden aufgefordert, ihre finanzielle Situation darzulegen und es kamen Rückleistungen. Diesen Sachen muss man nachgehen und wenn man Personal kürzt, ist das nicht mehr möglich und verliert dann in diesem Bereich tausende Franken jährlich. Ich möchte sie daher wirklich dringend auffordern, diesem Antrag nicht zu folgen, da er meines Erachtens wirklich nur heisse Luft ist, es ist nicht wirklich gespart. Wir werden hier wirklich hinters Licht geführt, weil wir hier keine Einflussmöglichkeit, wie sie uns vorgespiegelt wird, haben.

Roland Schöni, SVP: Es ist erstaunlich wie die FDP sich plötzlich für die Armen einsetzt. Sie sieht überall Leid und Elend und will hier überhaupt nichts sparen, sondern nein, man will hier sogar noch mehr Geld ausgeben. Wir hier von der SVP reden von 3 Prozent und es betrifft die öffentliche Sozialhilfe mit einem Posten von 2,8 Mio. Franken. Selbstverständlich müssen gesetzliche Vorgaben erfüllt werden, was nötig ist, muss bezahlt werden. Aber es hat noch genug Luft in diesem Budgetposten, wo 3 Prozent nicht, oder wo es möglich ist, 3 Prozent einzusparen.

Max Gimmel, FDP/DKL: Ja es ist wirklich eine Seltenheit, dass sich die FDP/DKL derart so für die Sozialhilfe ins Zeug legt. Ich glaube, es ist nicht einmal die Sozialhilfe, es geht um die Wahrheit. Das ist es eben genau, was mich wirklich zermürbt in diesem Prozess, dass Sachen behauptet werden, die so einfach nicht stimmen. Vorhin haben wir klar dargelegt, was in diesem Budgetposten drin ist. Das was Andrea Vonlanthen gesagt hat, ist nicht drin. Was drin ist, sind Ausschüttungen an Bedürftige und die hat Silke Sutter Heer erklärt und darum geht es. Wenn es geht, dass wir Projekte abschaffen, dann müsst ihr den richtigen Budgetposten suchen, wo ihr das abschaffen könnt, aber nicht in diesem Budgetposten. Deshalb setzen wir uns ein und ich bitte deshalb auch die SVP, einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass es wirklich darum geht, objektiv und richtig zu vermitteln und nicht Fehlinformationen abzugeben.

Zum Zweiten möchte ich noch darauf hinweisen; Arbon hat wirklich einen sehr hohen Arbeitslosenstand, den höchsten im Thurgau. Wir sind am östlichen Zipfel von diesem Kanton und am weitesten weg vom Dienstleistungssektor Zürich. Wir sind im Produktionsbereich von St. Gallen und vom Rheintal und den hat es wirklich härter getroffen als die Region Zürich mit den Dienstleistungsbereichen. Diese Statistik, die stimmt auch. Wir haben am meisten Arbeitslose und deshalb gibt es am meisten Probleme und was jetzt die Sozialhilfe machen muss, sie muss eine Vorleistung machen. Sie kann nicht heute sparen. Heute muss sie das Geld ausgeben, das sie später wieder zurück fordern muss, das ist ihre Verpflichtung. Es ist eben auch so gewesen, dass wir in den vergangenen Jahren Rückläufe von diesen Sozialhilfegeldern hatten und die haben wir sehr dankbar zur Kenntnis genommen, wenn die Rechnungen plötzlich viel besser abgeschlossen haben als budgetiert. Das ist auch ein Fakt. Ich bin bereit, über gewisse Sozialkompetenzen und soziale Anliegen zu diskutieren, aber ich bestehe darauf, dass sachlich diskutiert wird.

Andrea Vonlanthen SVP: Deshalb, lieber Max Gimmel, habe ich beide Statistiken erwähnt und die zeigen auf, dass von den 2,7 Mio. Franken ein Viertel Verwaltungskosten sind und hier lassen sich sehr wohl die Fr. 80'000.— sparen. Ich wüsste auch sehr gerne von der zuständigen Ressortleiterin:

1. Wie erklärt sie sich den Unterschied zwischen Arbon und Romanshorn? Wir sind 8 bis 9 km von Romanshorn entfernt und haben sehr ähnliche Probleme. Wie erklären sie denn, dass Arbon doppelt so hohe

Sozialausgaben hat wie Romanshorn?

2. Sind sie bereit diese Statistik in Zukunft im Jahresbericht zu publizieren, damit unsere Bürger und Bürgerinnen transparent erfahren, wie hoch unsere Sozialkosten im Vergleich sind?

Liebe Silke Sutter Heer, es freut mich sehr, dass ihr euch auch mit der Frage beschäftigt, wie das Geld hereinkommt. Darüber diskutieren wir ja an der nächsten Sitzung, wenn es um die Sozialdetektive geht und wir sind sehr gespannt, wie grosszügig und wie freundlich die FDP uns da unterstützt.

Elisabeth Tobler, SVP: Die Unterstützungen, das haben wir klar betont, daran möchten wir nicht schrauben, das weiss die FDP ganz genau. Die Unterstützungen sind auch nicht das Problem in Arbon. In Arbon haben wir Aktionitis im Sozialdienst, ich nenne den neugegründeten Spiel-Spasstreff, die Mediation wegen des Spielplatzes, die Workshops, die Fragebögen, die versendet werden und so weiter und so fort. Man liest jeweils eine halbe Seite in der Zeitung vom Informationsdienst der Stadt, was wieder Neues kommt. Es werden Konkurrenzangebote gegenüber den freiwilligen Angeboten gemacht. Das sind die Sachen, die wahrgenommen werden. Warum braucht man schon wieder eine Mediation? Warum muss schon wieder etwas Neues kreiert werden? Die Kinder- und Jugendarbeit, das ist alles in Ordnung, die Aufsuchende der Jugendarbeit hat man grundsätzlich ja gestimmt, aber es wird immer weiter ausgedehnt. Das ist der Grund, warum hier ein Unmut in der Bevölkerung herrscht und es wird an vielen Stammtischen darüber gesprochen und nicht nur an Stammtischen, sondern auch von Frau zu Frau, es wird reklamiert. Ich bitte Heidi Wiher-Egger, wirklich nicht immer nur alles zuzudecken und zu tun, als ob man da nicht korrigieren könnte nach unten.

Silke Sutter Heer FDP/DKL: Ich bin nun mal langsam wirklich verwirrt. Offenbar ist man in der SVP ganz einig, was man will. Plötzlich höre ich, diese Budgetkürzung könnte ja bei den Besoldungen, das wäre dann 1581.3010, vorgenommen werden, die gesamten Fr. 80'000.—, dann kann man aber auch bitte einen Antrag darauf stellen. Diese Position ist einzeln ausgewiesen und das ist überhaupt kein Problem, diese Kürzung auch so zu beantragen, wenn man das im Hinterkopf hat. Das Zweite ist offenbar, ich weiss nicht wieso, ist nicht ganz klar, wo diese Graffiti, Internet-Mobbing etc. untergebracht ist. Ich habe mich heute erkundigt. In dieser Position sind wirklich Verwaltungskosten, ich habe es vorhin deutlich auseinandergenommen. Unterstützungsbeiträge, es will mir doch niemand weismachen, dass Graffiti zu den Unterstützungsbeiträgen gehört. Öffentliche Sozialdienste, gibt es ein Gesetz, wo geregelt ist was da hinein gehört und nicht hineingehört? Da sind wir jetzt; wenn etwas anderes gemeint ist, bitte ich darum, dass dort die entsprechenden Anträge gestellt werden. So funktioniert das nämlich und anders können wir das nicht lösen. Ich muss noch einmal betonen, wenn tatsächlich die Meinung ist, wir könnten hier drinnen Unterstützungsbeiträge kürzen, muss ich sagen sind wir wirklich auf dem falschen Dampfer, dann haben wir das System nicht verstanden. Noch einmal, ich freue mich für andere Gemeinden, die weniger Unterstützungsfälle haben. Wir sind nicht in dieser glücklichen Lage. Diese Zahlen basieren auf den aktuell laufenden Fällen, die zu unterstützen sind und diese Zahlen können wir nicht schönen, weil das es wäre. Wir können nichts bewirken, was vorhin von Elisabeth Tobler beantragt wurde, nicht in dieser Position.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Ich werde mich wahrscheinlich wiederholen, weil ich soviel gehört habe, was mich sehr erstaunt hat.

Ich beginne mit dem Budgetposten 1581 mit dem Antrag der SVP, von Andrea Vonlanthen, um generelle Kürzung von 3 Prozent der öffentlichen Sozialhilfe, nicht mit der Rondelle, nicht mit der Kinder- und Jugendarbeit. Es stimmt, dass Arbon 2009 in diesem Bereich im Vergleich mit anderen Städten pro Einwohner einen Höchststand erreicht hat, da haben sie recht.

Arbon gehört zum Wirtschaftsraum St. Gallen. Der Wirtschaftsraum Ostschweiz ist aufgrund seiner Struktur, der Autozulieferfirmen, der Web- und Textilmaschinen, der Stahlproduktionen und Verarbeitung, von der Wirtschaftskrise 2009 am meisten betroffen. Demzufolge hoch ist die Arbeitslosigkeit in der Region. Als Beispiel hat Arbon Ende 2009 eine Arbeitslosenquote von 6 Prozent im Vergleich zum Kanton Thurgau mit 3,9 Prozent. Aber es ist nicht nur die Arbeitslosenquote, es sind auch die Stellensuchenden. Diese ist eine Höchstzahl mit 8,2 Prozent in Arbon im Vergleich Kanton Thurgau mit 5,2 Prozent und Frauenfeld 6,3 Prozent, also 2 Prozent höher.

Die Wirtschaftslage hat einerseits zu einem Einbruch bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen geführt, andererseits zu einem Ausbruch der Fallzahlen im Sozialhilfebereich. Seit Herbst 2008 haben die Ausgaben im Sozialbereich in Arbon entsprechend zugenommen und liegen gegenwärtig folgerichtig auch höher als zum Beispiel in Frauenfeld.

Dieser Antrag ist nicht seriös. Die Sozialhilfeausgaben gehören zu den gebundenen Ausgaben. Das heisst: Wir müssen uns nach dem Thurgauer Sozialhilfegesetz und der Sozialhilfeverordnung richten. Im Gesetz,

Paragraph 1 heisst es: Die politischen Gemeinden treffen Vorkehrungen, um soziale Not zu verhindern. Sie leisten Hilfe zu deren Behebung. Paragraph 4: Zuständig ist die Wohnsitzgemeinde des Hilfsbedürftigen.

In der Verordnung, Paragraph 2a heisst es: Die Höhe der Unterstützung wird in der Regel nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der Sozialhilfe ausgerichtet.

Im Benchmarking, das stimmt, Andrea Vonlanthen, haben wir einen Aufwand von Fr. 172.—. Sie haben eine etwas andere Zahl genannt, ich habe die neusten Blätter, Statistiken. Frauenfeld hat Fr. 136.—. Letztes Jahr war der Unterstützungsaufwand pro Person in Arbon Fr. 148.— und in Frauenfeld Fr. 168.—. Im Jahr 2007 war der Unterstützungsaufwand in Arbon Fr. 125.47 und in Frauenfeld 162.32, jetzt können sie mir, jedem noch erklären, was da dahinter steht. Es ist schwierig.

Ich gebe ihnen noch eine andere Statistik, die Ausgaben frankenmässig. Wir haben 2009 3 Mio. Franken ausgegeben, im 2008 2, 4 Mio. Franken und 2007 waren es 2 Mio. Franken. Wir waren aber auch schon auf 5 Mio. Franken und das war im 2004. Das wissen sie ganz genau, wenn sie sich zurückerinnern in welcher Situation wir damals gestanden sind.

Noch eine andere Statistik, die Fallzahlen von der Sozialhilfe. Im Jahr 2008 hatten wir 298 Fälle, Einheiten sagen wir dem. 2009 waren es bereits 327 Einheiten und jetzt haben wir noch etwa 30 mehr im Jahr 2010. Es ist klar, dass das nicht mit dem gleichen Budget berechnet werden kann. Der Grund ist, wir haben viele Arbeitslose welche aber zuwenig verdienen und eine Ergänzung brauchen. Es waren 78 Arbeitslose und 96 Ausgesteuerte, Workingpoormenschen sind 18 und Teilzeitmenschen, welche noch ergänzt, mit Sozialhilfe aufgestockt werden müssen, sind 48 Personen. Wir haben auch Rückerstattungen es ist noch eine 4. Statistik, ich könnte ihnen noch viele Statistiken aufzeigen, 2007 haben wir Fr. 163'000.— zurückbekommen, 2008 waren es Fr. 102'000.— und 2009 Fr. 105'000.—. 2005 waren es zum Beispiel nur Fr. 40'000.—, weil man dem nämlich nicht nachgegangen ist.

Oft haben wir das Argument gehört, dass zu viele Sozialhilfeempfänger nach Arbon zügeln. Die Statistik der letzten zwei Jahre hat aber ergeben, dass es mehr Wegzüge gegeben hat. Was heisst das jetzt? Es heisst, dass es zu grösserem Teil Einwohner von Arbon sind, welche Sozialhilfe beziehen, Personen, welche schon länger hier wohnen. Zum Beispiel:

- Junge Erwachsene, welche aus der Schule ohne Lehrstelle und aus dem Anschlussprogramm entlassen sind.
- Geschiedene, alleinerziehende Frauen denen die Männer – Väter abhanden gekommen sind.
- Arbeitslose, ausgesteuerte ältere Menschen, Frühpensionierte.
- Alte Menschen in Heimen mit zuwenig Einkommen, das heisst die AHV und Ergänzungsleistung reichen nicht, um den Heimaufenthalt zu bezahlen.

Ich glaube und ich muss das noch einmal wiederholen, die generelle Kürzung bringt nichts. Wir wollen in Arbon unsere Verantwortung wahrnehmen, das heisst, wir sind streng. Aber es ist nicht das Problem der Strenge, es ist das Problem der Stadt Arbon oder eben der Gesellschaft. Es hat zurzeit zu wenig Arbeitsplätze im einfacheren Segment, darum haben wir ja auch die Dock. Alles andere ist Sand ins Auge gestreut.

Jetzt komme ich noch zur Organisation von den sozialen Diensten, die Andrea Vonlanthen moniert hat. Wir nennen ja unsere Abteilung nicht mehr Soziale Dienste, in Romanshorn heissen sie noch so. In Arbon heisst es: Die Abteilung Soziales und sie wissen es ganz genau. Das Sozialversicherungsamt, das war mit Peter Klein, eine eigene Abteilung, die haben wir zusätzlich übernommen, das Sozialversicherungsamt. Wenn sie nur die Stellen vom Sozialamt zählen würden, dann sind das 245 Stellenprozente und die Alimentenbevorschussung dazu, das wären dann 300 Stellenprozente und mit dem Sekretariat zusammengezählt, wären es 490 Stellenprozente. Ich denke, dass sie einmal ein Organigramm von der Stadt Arbon mit Romanshorn oder mit einer anderen Stadt vergleichen müssen. Wir können das nicht so vergleichen mit der Abteilung vor drei Jahren. Für die neue Amtsperiode haben wir auch zwei Stadträte reduziert und wir haben zwei Abteilungen zusammen gelegt. Wir haben noch zusätzlich das Ressort Gesellschaft und das heisst einfach andere Stellenprozente als zum Beispiel in Romanshorn. Das muss man genau anschauen.

Auf das Spiel- Spasstreff möchte ich nicht mehr eingehen. Es geht mir jetzt um die Kürzung des Budgetpostens 1581.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir haben hier einen Antrag von Andrea Vonlanthen, den ich so vorlese, wie ich ihn verstanden habe, denn ich habe keine Vorlage. Der Antrag lautet: Die Position 1581 soll generell um 3 Prozent gekürzt werden.

://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP wird mit 19 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Wir haben einen Antrag von Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften.

Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften: Ich habe noch einen Antrag zu der Position 1581.4361 und zu der Position 1581.4362, Einnahmen, die sind ja immer willkommen.

Antrag Position 1581.4361 Rückerstattung Thurgauer Bürger um Fr. 50'000.— zu erhöhen

Antrag Position 1581.4362 Rückerstattung Schweizer Bürger um Fr. 100'000.— zu erhöhen.

Begründung: Die Stadt unterstützt die Beschäftigungsmassnahmen für Sozialhilfeklienten im Dock mit fast 1. Mio. Franken. Das ist viel, aber sehr sinnvoll. Die Unterstützungen für Sozialhilfeklienten, die noch nicht zwei Jahre in Arbon wohnen, werden an die Heimatgemeinde weiterverrechnet. Auf kantonaler Ebene will das die SVP abschaffen. Ich stelle den Antrag, dass die Vollkosten der Beschäftigungsmassnahme für Klienten, die noch nicht zwei Jahre in Arbon wohnen, auch an die Heimatgemeinde verrechnet werden. Darum erhöht sich dann der Rückerstattungsbetrag sehr wahrscheinlich um Fr. 50'000.— bzw. um Fr. 100'000.—. Arbon ist eine Zentrumsgemeinde und übernimmt mehr Lasten. Es kann nicht darum gehen, dass kleine Gemeinden sich auf Kosten der Städte entlasten können.

Ich bitte sie, diesem Antrag zuzustimmen und die Rückerstattungen zu erhöhen und die Stadt netto zu entlasten.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: So wie ich Ueli Troxler verstanden habe, meint er die Streichung des Art. 16 von der Zuck. Die Zurückverrechnung an die Heimatgemeinden? Das ist eine Motion, die läuft im Grossen Rat und da können wir nichts anderes machen. Wir haben das noch nicht berechnet, ob wir weniger oder mehr Ausgaben hätten. Da müssen wir jetzt abwarten, was der grosse Rat entscheidet. Ich möchte da an die Kantonsräte appellieren, dass sie sich für die Städte einsetzen. Das ist schon so, dass wir da einen Verlust erleiden würden, weil die kleinen Gemeinden nicht soviel Sozialfälle haben. Aber bei uns macht das einen Betrag aus und das hat man auch berechnet, aber wir können da nichts machen und ist auch noch nicht im Budget berechnet, weil wir ja gar nicht, wissen was entsteht, wie abgestimmt wird.

Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften: Ich glaube, ich bin missverstanden worden. Ich denke, heute ist der Zustand so, dass diese Massnahmen gar nicht an diese Heimatgemeinden weiterverrechnet werden.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Das wird hier in Arbon sehr strikte gemacht. Wir kontrollieren genau, welche Positionen, hat man das gemacht, hat man jenes gemacht. Wir haben ja auch einen Gewinn davon.

Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften: Ich ziehe meinen Antrag zurück und bitte die Geschäftsprüfungskommission, zu prüfen, dass das auch passiert. Es ist nicht üblich im Kanton Thurgau, in anderen Gemeinden, das zu machen, diese Massnahmen weiter zu verrechnen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Von jeder Partei ist eine Vertretung in der Sozialhilfebehörde da und das macht man automatisch hier in Arbon. Das ist eine Position die wird durchgecheckt, das müssen wir in der Sozialhilfe gar nicht mehr besprechen, das wird von den Sozialarbeitern gemacht.

Riquet Heller, FDP/DKL: Ich hoffe, ich trage etwas zur Klarheit und nicht zur Verwirrung bei. Ich bin überzeugt, dass jede Thurgauergemeinde, Gemeinden, woher der Betroffene kommt, sei es die Heimatgemeinde, die ursprüngliche Wohngemeinde zu den entsprechenden Beihilfen an die ausgegebenen Sozialhilfekosten heranzieht. Alles Andere wäre wahrscheinlich ein Kostenfaktor, der jede Gemeinde überfordern würde, denn sie muss ihrerseits ihre Wegzuger, respektive ihre Bürger unterstützen, die anderswo unterstützt werden. Was aber der Sinn deines Vorschlages sein könnte, wäre Folgendes: Wenn jemand nach Arbon zieht und er sofort beim Dock arbeiten kann und wir das Dock wieder unterstützen, hat es wieder zur Folge, wenn er beim Dock ein Einkommen bezieht, dieser frisch nach Arbon Gezogene, ist das eine indirekte Unterstützung, weil das Dock wiederum von uns unterstützt wird. Das könnte ein Angelpunkt sein, dass man den Lohn des Betreffenden, der frisch nach Arbon gezogen ist, im Dock beziehen kann und der ja von uns gehalten wird über die Subventionierung des Docks, dass diesbezüglich ebenfalls eine Abrechnung mit Vorgemeinden stattfindet, bzw. dass die betreffende Person dann nicht im Dock arbeiten kann und die entsprechenden Beträge dann voll bei der Vorortsgemeinde einziehen kann. Das könnte ein möglicher Sinn des Antrages von Ueli Troxler sein. Das ist aber dermassen detailreich, dass ich meine, das sollte eher als Anregung an die entsprechenden Amtsstellen übertragen und nicht im Rahmen des Budgets diskutiert werden.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Gerne möchte ich noch etwas dazu sagen, Riquet Heller und Ueli Troxler. Mit dem Dock ist das folgendermassen: Wenn jemand ins Dock geht und er kann voll arbeiten, dann bekommt er einen Lohn und muss keine Sozialhilfe mehr beziehen, weil er eine Stelle hat. Wenn er nur einen kleinen Teil

arbeiten kann, eine halbe IV oder Schaden hat, dann wird er teilfinanziert durch die Sozialhilfe. Aber auch dann wird das verrechnet, die ersten zwei Jahre an die Heimatgemeinde. Da haben wir Checklisten, das ist ganz klar oder habe ich dich da falsch verstanden?

Riquet Heller, FDP/DKL: Letzteres ist der Fall. Wir sind uns doch alle der gleichen Meinung, dass ein Arbeiten beim Dock, schliesslich weil das ein Arbeitsplatz ist, der mit Steuergeldern erhalten wird, uns etwas kostet. Demzufolge sollte selbst der Lohn, der bezogen wird, mit Sozialhilfekosten verbunden sein, rein rechnerisch. Wenn man diese Leute nicht dort arbeiten lässt, weil sie eben Auswärtige sind, was diskriminierend wäre, würden die vollen Sozialhilfekosten anfallen, die man voll verrechnen kann. Das könnte ein Zweck des Votums von Ueli Troxler gewesen sein. Ich versuche mit gutem Willen, Sinn in sein Votum zu legen.

1583 Integration von Ausländern

Silke Sutter Heer FGK: Position 1583.3180 Dienstleistungen Dritter: Hier beantragt ihnen die FGK eine Änderung von Fr. 10'000.—, also eine Kürzung. Wir sind der Meinung, diese Gelder sollten im Sozialbereich anders eingesetzt werden. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die Streichung grundsätzlich eine schlechte Signalwirkung gegen aussen hat, sind aber der Meinung, aufgrund der Budgetablehnung ist dieser Antrag eine logische Konsequenz daraus.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Elisabeth Tobler hat mich schon darauf aufmerksam gemacht, wie frech ich gewesen sei, dass ich mir erlaubt habe, die Fr. 10'000.— wiederum ins Budget zu nehmen, das heisst es waren ja ursprünglich Fr. 20'000.—. Es ist ein Gesetz vom Bund erlassen, sie können das auch nachlesen im Protokoll der ersten Budgetlesung. Wir haben aber eigentlich den Auftrag, die Integration und die Migration zu fördern. Es sind eigentlich gebundene Ausgaben. Ich habe die Überlegung gemacht, weil wir jetzt ja wissen von den Schicksalen von Zürich und so weiter. Ich weiss, dass es ein ganz schwieriges Gebiet ist, die Integrations- und die Migrationsfragen zu klären. Deshalb habe ich mir erlaubt, die Fr. 10'000.— ins Budget zu nehmen. Wir haben in Arbon doch eine sehr hohe Zahl Ausländer, 27 Prozent, und durchschnittlich im Kanton sind es nur 17 Prozent. Ich glaubte einfach, dass es sich lohnen würde, Fr. 10'000.— einzusetzen.

Elisabeth Tobler, SVP: Heidi Wiher, du hast das wieder ins Budget eingefügt. Ich finde, wir machen bezüglich Integration einiges, indem wir die HEKS-Kurse mit Fr. 30'000.— unterstützen. Ausserdem ist es der Kommission freigestellt, ob sie auf freiwilliger Basis ehrenamtlich für die Integration tätig sein will, das kann sie immer noch.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Die Diskussion wird nicht mehr gewünscht. Dann stellen wir den Antrag der FGK dem Voranschlag der Stadt gegenüber.

://: Der Antrag der FGK um Kürzung von Fr. 10'000.— wird mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen

16 Verkehr

17 Umwelt und Raumordnung

Silke Sutter-Heer FGK: Position 1740.4340 Rückerstattungen Dienstleistungen: Dabei handelt es sich um Dienstleistungen. Wir wurden von Mischa Vonlanthen, Finanzverwalter darauf hingewiesen, dass hier eine Korrektur von Fr. 15'000.— notwendig ist. Ab dem 1. Juli 2010 wird der Grabunterhalt wegen des Systemwechsels vom Friedhofpersonal übernommen. Die daraus resultierenden Mehrerträge von Fr. 15'000.— sind bisher nicht budgetiert worden und sollen nun berücksichtigt werden.

Max Gimmel, FDP/DKL: Position 1740.3311 Ordentl. Abschreibungen Gebäude: Antrag auf Kürzung von Fr. 33'000.—. Die Abschreibung auf dem Gebäude Friedhof ist mit Fr. 53'000.— drin, allein mir fehlt der Glaube, dass das dieses Jahr noch benötigt wird und ich denke da könnte mit Fr. 33'000.— weniger das Ganze etwas vorangetrieben werden. Ich möchte dazu noch die Stellungnahme des Stadtrates, ob er bezüglich Projektierung nach einer allfälligen Annahme der Abstimmung oder Ablehnung der Abstimmung, bereits so weit ist. Wenn der Stadtrat das aber nicht so kommentieren kann, dass das zügig vorangehen soll, dass die Fr. 53'000.— effektiv benötigt werden, würde ich sagen, dass man die reduziert um Fr. 33'000.—.

Stadtrat Reto Stäheli: Es kommt darauf an, wie die Abstimmung ausgeht im Herbst. Wenn sie angenommen wird, wird sicher ein Teil von diesen Fr. 53'000.— abgeschrieben. Die genaue Grösse kann ich jetzt nicht sagen. Wenn das Projekt abgelehnt wird, fallen die ganzen Fr. 53'000.— weg. Es hängt von der Abstimmung ab.

Silke Sutter Heer FDP/DKL: Wir haben etwas gelernt dieses Jahr in der FGK. Mischa Vonlanthen hat uns erklärt, dass wenn das Bauprojekt begonnen wird, die erste Abschreibungsrate fällig wird und wenn dem so ist, ist es wirklich so. Die Frage wäre in dem Fall auch zu konkretisieren, so habe ich das verstanden. Wenn die Abstimmung, das Projekt gutgeheissen wird, wird dann in jedem Fall noch angefangen dieses Jahr, dann wird die Abschreibungsrate fällig. Wenn das aber auf keinen Fall so ist, unabhängig vom Abstimmungsergebnis, kann diese Position als Ganzes gestrichen werden.

Riquet Heller, FDP/DKL: Es erstaunt schon, dass etwas bereits abgeschrieben werden muss, bevor es überhaupt steht, dass wenn die Baugrube da ist, man den vollen Betrag abschreiben muss, obwohl erst die Baugrube da ist. Ich meine, ich beginne etwas abzuschreiben, wenn ich es endlich habe, nämlich Bauübernahme. Kommt noch dazu, wir haben bald Mitte Jahr, demzufolge sind nicht jetzt schon Fr. 53'000.— abzuschreiben. Max Gimmel hat einmal mehr Recht, es ist nur ein Teilbetrag einer ordentlichen Jahresabschreibung fällig. Demzufolge sind da sicher Kürzungen fällig in der Grössenordnung wie es Max Gimmel beantragt hat, oder nach meiner Ansicht das Gebäude wird erst nächstes Jahr fertig sein. Ab Fertigstellung des Gebäudes ist abzuschreiben und nicht nach Eröffnung des Baubeginns.

Stadtrat Reto Stäheli: Wenn wir dieses Jahr anfangen zu bauen, müssen wir abschreiben, wie Silke Sutter Heer erläutert hat und ich kann diese Zahl noch differenzieren. Fr. 14'000.— müssen wir so oder so abschreiben, da sind bauliche Sachen drin. Der Neubau für das Jahr 2010 beträgt Fr. 39'000.—. Das sind die konkreten Zahlen. Wenn die Urnenabstimmung positiv verläuft, müssen wir die Fr. 53'000.— im Budget haben, wenn die Abstimmung aber negativ verläuft, dass wir nicht bauen können, werden Fr. 30'000.— hinfällig, das sind die konkreten Zahlen.

Max Gimmel FDP/DKL: Ich ziehe den Antrag zurück.

Dieter Feuerle SP und Gewerkschaften: Position 1781.3660 Energiefonds: Ich stelle den Antrag auf Erhöhung, von Fr. 45'000.— auf Fr. 60'000.— zu erhöhen. Naturkatastrophen, Wetteranomalien, Luftverschmutzung und die enorme Energieabhängigkeit von anderen Regionen und Ländern machen klar, dass wir so schnell wie möglich von der Energieabhängigkeit loskommen und die Kohlendioxidbelastung massiv senken müssen. Energieeffizienz und Investitionen in erneuerbare Energien sind der Schlüssel dazu. Mit der Bereitstellung von mehr Fördergeldern können wir diesem Problem entgegenwirken. Diese Fördergelder lösen Investitionen aus, die Arbeit fürs lokale Gewerbe bringen. Zum Beispiel wenn Häuser wärmegeklämt oder auf Dächern Sonnenkollektoren montiert, oder die alten Fenster durch moderne Isolierverglasungsfenster ersetzt werden. Allerdings muss bei Vergabe dieser Fördergelder unabhängig vom Betrag darauf geachtet werden, dass zum Beispiel bei der Förderung von Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen keine Verlagerung vom Erdölkonsum hin zum Atom- oder Kohlestrom stattfindet. Egal was die internationale Gemeinschaft, der Bund oder der Kanton beschliessen, die Umsetzung der Klimaziele müssen letztendlich wir alle und eben auch die Städte und die Gemeinden in die Hand nehmen. Ich bitte sie darum, ein Zeichen zu setzen für unsere Stadt, für die Umwelt, und den Energiefond auf Fr. 60'000.— zu erhöhen.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Wenn jetzt nicht alle von unserer Fraktion zustimmen, ist es nicht so, weil wir inhaltlich nicht gleicher Meinung sind wie Dieter Feuerle. Ich möchte das nur richtigstellen, damit nachher nicht falsche Meinungen kursieren. Es ist so, dass wir ändern denken, wir sollten zuerst das neue Energiekonzept abwarten. Es ist jetzt eine Kommission an der Arbeit und wir setzen sehr grosse Hoffnungen und Erwartungen in diese Kommission, dass sie auch dieses Konzept überarbeitet, dass dann auch neue Kriterien da sind, wenn solche Subventionen gesprochen werden und weil wir jetzt im Moment nicht wollen, dass weitere Elektrofahrzeuge subventioniert werden mit Atomstrom, ohne Bedingungen wie sie Dieter Feuerle genannt hat und auch andere solche Sachen. Deshalb wollen wir im Moment noch zuwarten.

://: Der Antrag von D. Feuerle auf Erhöhung von Fr. 60'000.— wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Kaspar Hug, CVP/EVP: Position 1790 Raumordnung: Im Namen der einstimmigen CVP/EVP-Fraktion stelle ich den folgenden Antrag: Es sind die totalen Ausgaben in diesem Konto von Fr. 276'700.— neu auf Fr. 260'000.— zu senken. Begründung: Unter diesem Konto sind viele Planungsabsichten und Aufgaben aufgeführt. Es ist nicht seriös und kann auch nicht die Aufgabe dieses Parlamentes sein, genau zu bestimmen wo nun wie viel eingespart werden soll. Wir sind der Überzeugung, dass es sinnvoller ist, wie in einer Globalbudgetposition, nur die einzusparende Summe zu bestimmen. Es ist die Aufgabe der strategischen Führungen, somit des Stadtrates, zu entscheiden, welche Planung forciert und welche etwas gebremst werden kann ohne dass damit die Entwicklung von Arbon gestört wird. In diesem Sinne bitte ich sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Stadtmann Martin Klöti: Diese Planungsarbeiten haben grossmehrheitlich den direkten Konnex mit dem

einerseits angefangenen Projekt, bzw. mit unserer Pflicht des kommunalen Richtplans, aus welchem die entsprechenden Nutzungsplanungen herausfallen, die müssen wir machen, die sind gesetzlich vorgegeben, die Arbeitsgruppe läuft, diese Budgetposition ist fest budgetiert, wir können da nichts wegnehmen, genauso wie die Planungskosten Ortsbus, Verkehr. Wir müssen unsere Arbeiten fortsetzen, die in Zusammenarbeit mit der NLK stehen, sonst sind wir dann nicht bereit, wenn der Zeitpunkt da ist, wo wir wieder dem Parlament, bzw. der Bürgerschaft eine Vorlage unterbreiten müssen. Planungen gehen immer mit einigen, zwei drei Jahren im Vorlauf. Das haben sie gesehen in der NLK, wenn man diese Planungen nicht macht, ist man nicht zur rechten Zeit bereit. Wenn wir diese Beträge zusätzlich runterkürzen, wir haben das bereits getan, wir haben gesehen wo wir einsparen können, würde es höchstens um einen Verzicht gehen, der uns dann später wieder einholt. Aufgeschoben ist leider nicht aufgehoben.

://: Der Antrag von Kaspar Hug die Position 1790 um Fr. 16'700.— zu kürzen wird 12 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung und Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt.

18 Volkswirtschaft

19. Finanzen und Steuern

Vize-Stadtammann Patrick Hug: 1900.4011 Ertrags- und Kapitalsteuern Vorjahre: Aufgrund der sehr erfreulichen Steuereinnahmen von juristischen Personen aus den Vorjahren beantragt Ihnen der Stadtrat, diese Position von 200'000 auf 350'000 Franken aufzustocken. Per Ende April sind nämlich bereits 188'000 Franken eingegangen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Das wäre dann eine unbestrittene Korrektur und ist unbestritten.

Mit der Position 1995 Ausserordentliche Aufwendungen + Erträge sind wir am Ende der laufenden Rechnung.

Investitionsplan: Keine Wortmeldungen

Finanzplan: Wird zur Kenntnis genommen

Pause: 22.15

Fortsetzung: 22.25

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Sie haben alle die korrigierten Zahlen erhalten und sie liegen vor ihnen auf dem Tisch. Der Voranschlag 2010 nach der Parlamentssitzung vom 25. Mai:

Die Laufende Rechnung: Defizit nach Verabschiedung des Stadtrates 1'432'730.— Mio. Franken, Korrekturen durch Stadtparlament, minus Fr. 215'000.—, verabschiedetes Defizit Parlament 1'217'730.—.

Investitionsrechnung, hier hat sich nichts verändert.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung folgender Anträge:

Antrag 1: Der Steuerfuss für das Jahr 2010 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: Der Antrag des Stadtrates und der Mehrheitlichem Empfehlung der FGK wird mit 24 zu 1 Stimme angenommen.

2. Antrag: Genehmigung des Voranschlages 2010 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu 1'217'730.— Mio. Franken.

://: Der Antrag des Stadtrates und der Mehrheitlichem Empfehlung der FGK wird mit 21 zu 4 Stimmen genehmigt.

3. Antrag: Genehmigung des Investitionsplans 2010 mit Nettoinvestitionen von Fr. 3'816'000.—.

://: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Voranschlag und Steuerfuss unterliegen gemäss Artikel 7 der Gemeindeordnung einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 11. Juli 2010 zur Genehmigung unterbreitet. Damit ist der

Voranschlag durchgearbeitet. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für die grosse Unterstützung.

3. Fragerunde

Es liegt keine vorzeitig eingereichte Frage vor.

Mündlich gestellte Fragen:

Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften: Die Frage geht an den Stadtrat und ich möchte mich auch entschuldigen. Ich habe diese erst heute zusammengestellt und bin mir auch bewusst, dass sie wahrscheinlich diese Fragen auch nicht vollständig beantworten können, aber sie können das auch im nach hinein noch machen. Beim neuen Schlosshafen wurde offensichtlich für die Beplankung der Bootsstege Tropenholz verwendet. Ich habe deshalb folgende Fragen an den Stadtrat:

- Was waren die Überlegungen, um für diesen sehr stark verwitternden Bauteil Holz zu verwenden?
- Wenn schon Holz: warum Tropenholz und nicht Einheimisches?
- Wie viel kostete dieser Bauteil und mit welcher Lebensdauer wird gerechnet?
- Wurde beim Kauf dieses Holzes auf ein Label geachtet?
- Wenn ja, auf welches und wie lautet die Zertifizierungsnummer?
- Woher genau - sprich aus welchem Land und aus welchem Wald stammt das Holz?

Stadtmann Martin Klöti: Ich danke dafür, dass wir die Fragen schriftlich bekommen. Ich möchte ganz kurz auf ihr Geschäftsreglement des Parlaments hinweisen. Da steht: Fragen sind an der Sitzung zu stellen. Sie sollten dem Stadtrat fünf Tage vor der Sitzung schriftlich unterbreitet werden. Der Stadtrat beantwortet in der Regel sofort, mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt. In der Regel beantworten wir gerne, jetzt aber nicht. Wir nehmen diese Frage gerne entgegen und beantworten sie zur Zufriedenheit beim nächsten Mal.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich möchte nun das Wort an Vize-Stadtmann Patrick Hug übergeben. Es geht um die Fragen, die Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften in der letzten Sitzung gestellt hat. Sie wurde dann aufgefordert, diese schriftlich zu stellen, was sie auch gemacht hat. Nun sind sie aber übereingekommen, dass Patrick Hug diese Fragen heute Abend mündlich beantworten kann.

Vize-Stadtmann Patrick Hug: Wie die Parlamentspräsidentin bereits erwähnt hat, habe ich an der letzten Sitzung die sechs Fragen von Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften zum Landabtausch zwischen der Stadt Arbon und der Hector Bressan AG als Einfache Anfrage entgegengenommen. Wir sind nun aber übereingekommen, dass ich die Fragen an der heutigen Sitzung mündlich beantworte. Erica Willi-Castelberg hat mir übertragen, die Fragen nochmals zu formulieren.

1. *Der Stadtrat gibt zu seinem Beschluss (Streichung von der Traktandenliste) keinen Kommentar ab! Wären hier nicht Transparenz, umfassende Informationen und das Eingeständnis am Platz, mehrere grobe Fehler begangen zu haben?*

Beim Antrag des Stadtrates, das Tauschgeschäft Bressan von der Traktandenliste zu streichen, handelte es sich um einen Ordnungsantrag, der kurz zu fassen ist. Das Parlament wünschte ja auch keine Diskussion, wahrscheinlich weil im ausführlichen Kommissionsbericht alle relevanten Fakten nachzulesen sind. Als ressortzuständiger Stadtrat habe ich hinreichend für Transparenz gesorgt. Dies ist einerseits im bereits erwähnten sehr umfassenden Bericht der Vorberatenden Kommission und in den entsprechenden Protokollen zu den zwei Kommissionssitzungen nachzulesen und andererseits habe ich auch die Öffentlichkeit im Bericht des Tagblatts vom 6. Mai über den Stand der Dinge und das weitere Vorgehen informiert. Zu den von Erica Willi-Castelberg unterstellten „groben Fehlern“ möchte ich in meinen Antworten zu den Fragen 2, 3, 4 und 5 Stellung nehmen.

2. *Das in der Zeitung fälschlich als „verschwunden“ deklarierte Dokument, ein Plan der Firma Bressan AG für eine Gesamtüberbauung aus dem Jahr 1994 wurde der Kommission vorerst vorenthalten. Wie kann ein solch wichtiges Dokument auf der Bauverwaltung vergessen gehen? Oder wurde es uns vorsätzlich vorenthalten? Gibt es keine Dokumentenmappen für die diversen Objekte?*
3. *Wieso kam der Stadtrat nicht auf die Idee, auch bei der zweiten Planung ein solches Wegrecht zu bedingen und stattdessen hunderttausende von Franken für den Kauf von Land von CHF 447.--/m2 und zusätzlich den Bau einer drei Meter breiten Piste einzusetzen?*

Die Fragen 2 und 3 möchte ich zusammenfassend wie folgt beantworten: Beim entsprechenden Dokument handelt es sich nicht um einen Plan der Firma Bressan AG, sondern um den Arealüberbauungsplan Seegarten (genehmigt vom Regierungsrat am 24. Januar 1994). Dieser Arealüberbauungsplan hätte eigentlich bereits seit längerer Zeit ausser Kraft gesetzt beziehungsweise überarbeitet werden sollen, da eine Überbauung des Areals in dieser Form mit Sicherheit nicht mehr durchgeführt wird. Unter anderem hat das Hotel Seegarten bereits einen Nebenbau erstellt, welcher nicht dem ursprünglichen Arealüberbauungsplan entspricht. Angestrebt wird deshalb ein Gestaltungsplan, in welchen auch das Areal des Hotels Seegarten integriert wird.

Gemäss Sonderbauvorschriften des Arealüberbauungsplans Seegarten, Artikel 4, Absatz 3 ist die Zugänglichkeit der öffentlichen Verbindungen auf privatem Grund durch einen mit der Baubewilligung ausgelösten Eintrag ins Grundbuch sicherzustellen.

Mit dem Erwerb der entsprechenden Fläche hätte sich die Stadt bereits jetzt einen Verbindungsweg gesichert – unabhängig von einer künftigen Gestaltung des Gebiets. Das Gelände ist grundsätzlich genügend erschlossen. Mit einem neuen Gestaltungsplan könnte zwar eine interne Erschliessung verlangt werden, ob allerdings eine durchgehende Verbindung durchgesetzt werden könnte, ist fraglich. Die Erstellung des Weges wäre im Zusammenhang mit dem Bau der Mehrfamilienhäuser erfolgt. Falls schlussendlich nicht die gesamte Wegbreite benötigt worden wäre, hätte der Rest wieder an den Grundeigentümer der Überbauung verkauft werden können.

4. *Weshalb wurde in der Vorbereitung des Tauschgeschäfts das Grundbuchamt nicht konsultiert, so dass die Belastungen der Böden der Firma Bressan AG nicht in die Schätzungen der TKB einfließen und diese der Stadt somit um einiges zu hoch bewertet?*

Normalerweise ist der Schätzer dafür verantwortlich, die notwendigen Grundbuchauszüge zu verlangen. Die mit der Schätzung beauftragte Bank hat dies unterlassen. Ob allerdings der Schätzwert dadurch deutlich tiefer wäre, ist fraglich.

5. *Stimmt es, dass die Bäume im Wäldli vor der Bewertung durch die TKB von einem Fachmann aus Romanshorn aufgenommen wurden, Herr Bressan danach viele grosse Bäume fällen liess und nur ein kantonaler Fällstopp noch Schlimmeres verhinderte? Wenn ja: Weshalb wurde der Preis des Wäldlis danach vom Stadtrat nicht sofort heruntergehandelt?*

Der Wald wurde durch das Forstamt des Kantons Thurgau, Herrn Daniel Hungerbühler, Revierförster, wohnhaft in Romanshorn, bewertet. Die Bank hat lediglich die übrigen Flächen geschätzt. Von einer „Rodungsaktion“ hat die Stadt keine Kenntnis.

6. *Wie gedenkt der Stadtrat in der ganzen Sache weiterzugehen?*

Der Stadtrat wird mit den Herren Bressan das Gespräch suchen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Dabei ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig offen, was gepachtet oder verpachtet, gekauft oder verkauft werden soll.

4. **Verschiedenes**

- Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Bevor ich Stadtkammann Martin Klöti das Wort erteile, möchte ich Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften verabschieden. Er hat per 6. Juni 2010 seinen Rücktritt bekannt gegeben.

Lieber Dieter, seit 1. April 2007 bist du im Stadtparlament und hast dich als kompetenter, sachlicher und sehr engagierter Parlamentarier für die Stadt eingesetzt. Umweltanliegen und den damit verbunden sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen waren dir immer ein grosses Anliegen. Deiner grossen Leidenschaft, dem Reisen hast du auch immer möglichst umweltschonend gefrönt. So machst du dich ein weiteres Mal auf den Weg, um einen neuen Teil dieser Erde zu erkunden. Ob du auch dieses Mal wieder mit dem Velo unterwegs bist, entzieht sich meinen Kenntnissen. Ich vermute stark, dass mit der Auswahl deines Reiseziels auch noch eine zweite Leidenschaft mitgespielt hat. So wünschen wir dir von Herzen für die Zukunft alles Gute, viele spannende Begegnungen und interessante Erlebnisse auf deiner Reise durch Afrika.

Stadtkammann Martin Klöti: Wir haben heute im Stadtrat beschlossen, diesen Punkt nicht zu benutzen, weil es

eine ausserordentliche Sitzung ist und es hat sich nicht so viel geändert seit der letzten Parlamentssitzung. Ich bitte um Verständnis, wir haben beim nächsten Mal wieder Ausführungen vom Stadtrat zu erwarten.

Parlamentarische Vorstösse:

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ein Vorstoss, eine Einfache Anfrage wurde von Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften betreffend "Bewirtschaftung Finanzvermögen" eingereicht und wie erwähnt an den Stadtrat weitergeleitet.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke Ihnen allen für das lange Ausharren, die aktive Mitarbeit und das Interesse.

Am Dienstag, 29. Juni 2010 findet unsere nächste, die 22. Parlamentssitzung statt. Ich wünsche ihnen allen eine gute Zeit und hoffentlich noch weiterhin so sonnige und schöne Tage.

Schluss der Sitzung: 22.35.Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin:

Claudia Zürcher-Hägler

Evelyne Jung